



Landschaftspflegerischer Begleitplan

Anhang 5

**Prüfung der Auswirkungen des geplanten Vorhabens auf die
Landschaftsschutzgebiete Dreisamniederung und Mooswald
sowie das Naturschutzgebiet Teninger Unterwald**

2. Änderung im laufenden Verfahren (Stand 27.02.2023)

Aufgestellt im Dezember 2020

**Kooperationsgemeinschaft
Umwelt MGC • PLU**

Karlstr. 67
76137 Karlsruhe
Tel.: 0721/9 32 80-0

Im Auftrag der

**Ingenieurgemeinschaft
Schüßler-Plan –
SWECO GmbH**

Hanauer Landstraße 135-137
760314 Frankfurt am Main
Tel. 069/95921-0

Inhaltsverzeichnis

1	Beschreibung der Schutzzwecke, Verbote und Erlaubnisvorbehalte der.....	2
	Landschaftsschutzgebiete „Mooswald“, „Dreisamniederung“ und des	2
	Naturschutzgebietes „Teninger Unterwald“	2
1.1	LSG „Mooswald“	2
1.1.1	Schutzzwecke gemäß § 3 Schutzgebietsverordnung	2
1.1.2	Verbote gemäß § 4 Schutzgebietsverordnung	3
1.1.3	Erlaubnisvorbehalte gemäß § 5 Schutzgebietsverordnung	3
1.1.4	Befreiung gemäß § 8 Schutzgebietsverordnung	4
1.1.5	Konfliktpotenzial.....	4
1.1.6	Maßnahmen zur Kompensation	6
1.2	LSG „Dreisamniederung“	6
1.2.1	Schutzzwecke gemäß § 3 Schutzgebietsverordnung	7
1.2.2	Verbote gemäß § 4 Schutzgebietsverordnung	7
1.2.3	Erlaubnisvorbehalte gemäß § 5 Schutzgebietsverordnung	7
1.2.4	Befreiung gemäß § 8 Schutzgebietsverordnung	8
1.2.5	Konfliktpotenzial.....	8
1.2.6	Maßnahmen zur Kompensation	10
1.3	NSG „Teninger Unterwald“	10
1.3.1	Schutzzwecke gemäß § 3 Schutzgebietsverordnung	10
1.3.2	Verbote gemäß § 4 Schutzgebietsverordnung	10
1.3.3	Erlaubnisvorbehalte gemäß § 5 Schutzgebietsverordnung	11
1.3.4	Befreiung gemäß § 8 Schutzgebietsverordnung	11
1.3.5	Konfliktpotenzial.....	12
1.3.6	Maßnahmen zur Kompensation	13
2	Schutzgebietsverordnungen und Datenauswertebogen	15
2.1	Schutzgebietsverordnung LSG „Mooswald“	15
2.2	Schutzgebietsverordnung LSG Dreisamniederung	20
2.3	Schutzgebietsverordnung NSG „Teninger Unterwald“	27

1 Beschreibung der Schutzzwecke, Verbote und Erlaubnisvorbehalte der Landschaftsschutzgebiete „Mooswald“, „Dreisamniederung“ und des Naturschutzgebietes „Teningen Unterwald“

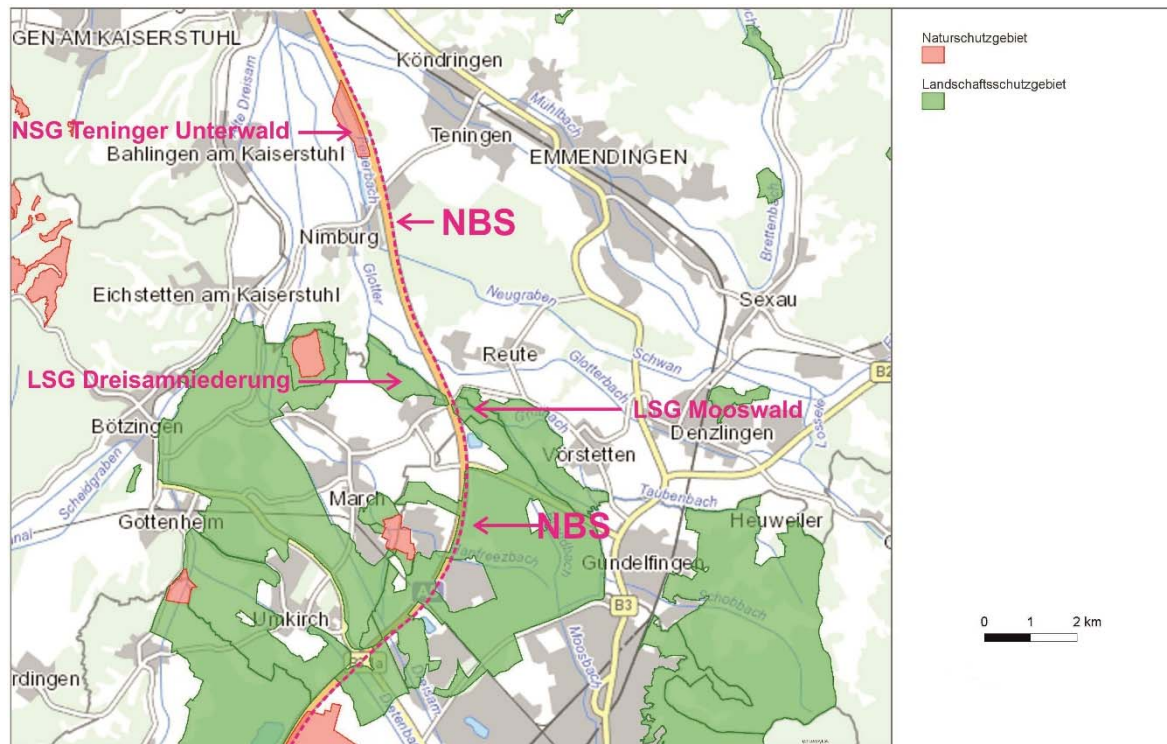


Abb. 1 Lage der Schutzgebiete im Raum

1.1 LSG „Mooswald“

Das Landschaftsschutzgebiet „Mooswald“ hat eine Größe von rund 4.468 ha.

Das Schutzgebiet umfasst hauptsächlich den nördlichen und den südlichen Mooswald' nebst zugehörigen Freiflächen sowie den Nordhang des Schönbergs und die Höhen des Marchhügels auf Gemarkung Freiburg-Hochdorf. Im Wesentlichen wird es durch folgende Linien und Gebiete begrenzt: Ab der Autobahnausfahrt Freiburg-Nord umschließt die Grenze östlich und nördlich des Freizeitgeländes Silbersee die nördlich der B 294 gelegenen Waldungen nebst vorgelagerter Freiflächen auf Gemarkung Freiburg-Hochdorf und Vörsstetten.

1.1.1 Schutzzwecke gemäß § 3 Schutzgebietsverordnung

(1) Wesentliche Schutzzwecke sind

1. die Erhaltung und Sicherung eines leistungsfähigen Naturhaushalts im Mooswald und seinen angrenzenden Freiflächen als zusammen hängender einheitlicher ökologischer Ausgleichsraum für den Verdichtungsraum der Stadt Freiburg mit seinen vielfältigen, insbesondere klimatischen Wirkungen;
2. die Erhaltung von Vielfalt und Schönheit der Natur und Landschaft in diesem Raum mit seinen charakteristischen Lebensgemeinschaften von Tieren und Pflanzen, den Streuobstbeständen und dem Weißstorchvorkommen;
3. die Sicherung und Entwicklung des Gebiets als attraktiver naturnaher Erholungsraum für die Stadt Freiburg und die angrenzenden Gemeinden.

(2) Weitere Schutzzwecke sind

1. die Erhaltung und Entwicklung der im Landschaftsschutzgebiet vorkommenden Lebensräume nach Anhang I sowie der Habitate der in den Anhängen II oder IV der FFH-Richtlinie genannten Tier- und Pflanzenarten und der Vogelarten der Vogelschutzrichtlinie;
2. die Erhaltung, Sicherung und Entwicklung des Habitatmosaiks der Zaunammer (streng geschützt nach § 10 Abs.2 Ziffer 11 c Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)) am Nordhang des Schönbergs.

1.1.2 Verbote gemäß § 4 Schutzgebietsverordnung

Im Landschaftsschutzgebiet sind alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem Schutzzweck - zuwiderlaufen, insbesondere wenn dadurch

1. der Naturhaushalt geschädigt wird;
2. die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter nachhaltig gestört wird;
3. eine im Sinne des § 3 geschützte Flächennutzung auf Dauer geändert wird;
4. das Landschaftsbild nachhaltig geändert oder die natürliche Eigenart der Landschaft auf andere Weise beeinträchtigt oder eine Beeinträchtigung in den Naturschutzgebieten »Arlesheimersee«, »Freiburger Rieselfeld« »Gaisenmoos« und »Honigbuck« herbeigeführt wird;
5. der Naturgenuss oder der besondere Erholungswert der Landschaft beeinträchtigt wird;
6. innerhalb des NATURA 2000-Gebietes bei den geschützten Lebensraumtypen und Arten sowie bei den nach Anhang IV der FFH-Richtlinie genannten Arten erhebliche Beeinträchtigungen eintreten können.

1.1.3 Erlaubnisvorbehalte gemäß § 5 Schutzgebietsverordnung

(1) Handlungen, die den Charakter des Landschaftsschutzgebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen können, bedürfen der Erlaubnis der jeweils zuständigen unteren Naturschutzbehörde.

(2) Der Erlaubnis bedarf es insbesondere,

1. wesentliche Landschaftsbestandteile, wie Bäume, Streuobstbestände, Hecken, Gebüsche, feuchte Senken oder die Ufervegetation von Bächen und Gräben zu beseitigen, zu zerstören oder zu ändern;
2. Bäume mit starken Totholzästen oder Totholzstämmen am Nordhang des Schönbergs zu beseitigen;
3. bauliche Anlagen im Sinne der Landesbauordnung zu errichten oder der Errichtung gleichgestellte Maßnahmen durchzuführen;
4. Einfriedungen zu errichten;
5. Straßen, Wege, Plätze oder sonstige Verkehrsanlagen anzulegen, ober- oder unterirdische Leitungen aller Art zu verlegen oder Anlagen dieser Art zu verändern;
6. Stätten für Sport und Spiel anzulegen oder zu verändern;
7. Flugplätze, Gelände für das Starten und Landen von Luftsportgeräten (zum Beispiel Hängegleiter, Gleitflugzeuge, Gleitfallschirme) sowie Gelände für den Aufstieg von Flugmodellen, die der luftverkehrsrechtlichen Erlaubnis bedürfen, anzulegen oder zu verändern;
8. fließende oder stehende Gewässer anzulegen, zu beseitigen oder zu verändern sowie Entwässerungs- oder andere Maßnahmen vorzunehmen, die den Wasserhaushalt verändern;
9. Plakate, Bild- oder Schrifttafeln aufzustellen oder anzubringen mit Ausnahme behördlich zugelassener Beschilderungen;
10. die Bodengestalt zu verändern, insbesondere durch Abgrabungen und Aufschüttungen;
11. Kahlschlag von Wald auf einer Fläche von mehr als 2 ha;
12. neu aufzuforsten oder Christbaum- und Schmuckreisigkulturen und Vorratspflanzungen von Sträuchern und Bäumen anzulegen;
13. Art und Umfang der bisherigen Grundstücksnutzung entgegen dem Schutzzweck zu ändern, insbesondere Kleingärten anzulegen;
14. Dauergrünland umzubrechen;
15. Motorsport zu betreiben;
16. zu zelten, zu lagern, Wohnwagen oder Verkaufsstände aufzustellen;
17. Wohnboote, Bojen oder andere schwimmende Anlagen zu verankern und Stege zu errichten;

18. Gegenstände zu lagern, soweit sie nicht zur zulässigen Nutzung des Grundstückes erforderlich sind.

(3) Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn die Handlung Wirkungen der in § 4 genannten Art nicht zur Folge hat oder solche Wirkungen durch Auflagen oder Bedingungen abgewendet werden können. Sie kann mit Auflagen, Bedingungen, befristet oder widerruflich erteilt werden, wenn dadurch erreicht werden kann, dass die Wirkungen der Handlung dem Schutzzweck nur unwesentlich zuwiderlaufen.

(4) Die Erlaubnis wird durch eine nach anderen Vorschriften notwendige Gestattung ersetzt, wenn diese im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde erteilt wird.

(5) Bei Handlungen des Bundes und des Landes, die nach anderen Vorschriften keiner Gestattung bedürfen, wird die Erlaubnis durch das Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde ersetzt. Das gleiche gilt für Handlungen, die unter Leitung oder Betreuung staatlicher Behörden durchgeführt werden.

(6) Bei der Gestattung von Handlungen, die das NATURA 2000-Gebiet betreffen, sind außerdem die § 37 ff. NatSchG zu beachten.

1.1.4 Befreiung gemäß § 8 Schutzgebietsverordnung

Von den Vorschriften dieser Verordnung kann nach § 79 NatSchG durch die jeweils örtlich zuständige untere Naturschutzbehörde Befreiung erteilt werden. Es wird darauf hingewiesen, dass gegebenenfalls auch eine Verträglichkeitsprüfung beziehungsweise Ausnahme nach § 38 NatSchG erforderlich ist.

1.1.5 Konfliktpotenzial

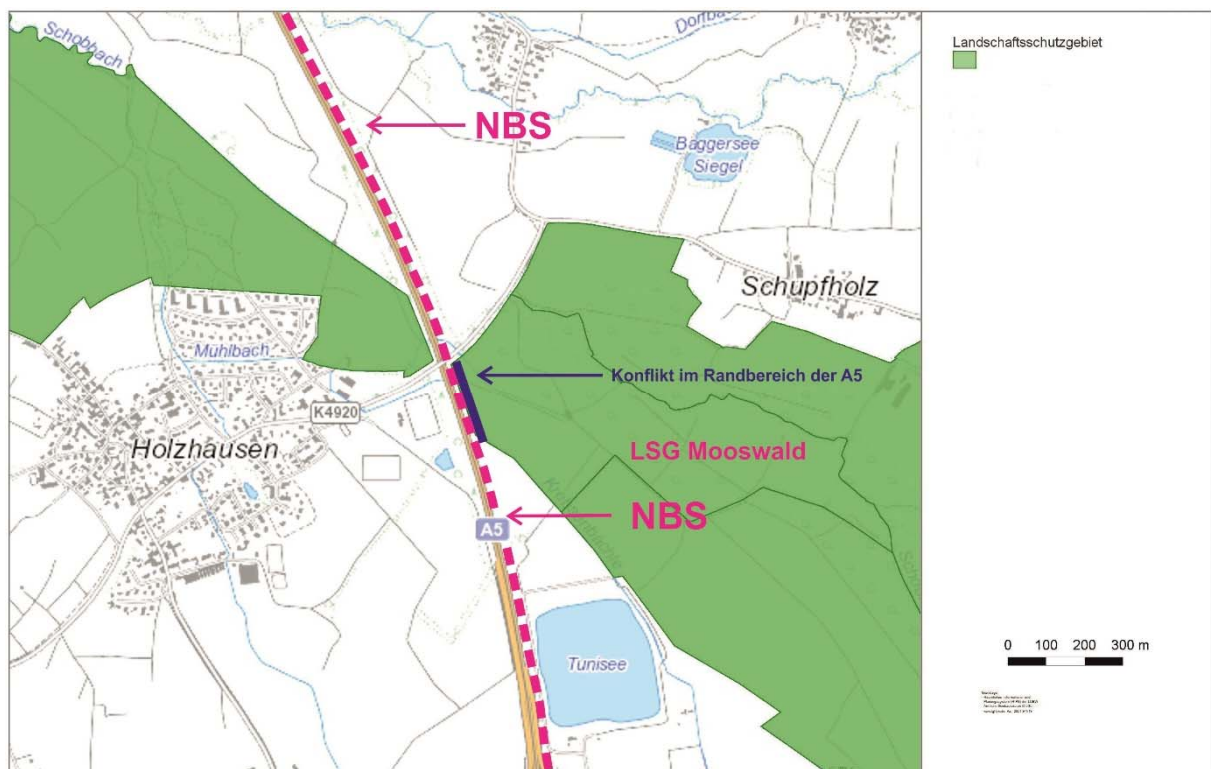


Abb. 2 Konfliktbereich LSG Mooswald

Die in § 3 genannten Schutzzwecke sind durch bau- und anlagebedingte Wirkungen im Bereich des Vorhabens betroffen. Vorübergehend wird eine Fläche in Höhe von ca. 6.700 m² im Randbereich des LSG „Mooswald“ in Anspruch genommen. Dauerhaft wird eine Fläche in Höhe von ca. 5.400 m² an

grenzend an die A5 in Anspruch genommen. Betroffen sind in beiden Fällen ein naturferner Waldbestand, eine Fettwiese, Acker und ein Graben. Die betroffenen Biotoptypen können dem Bestands- und Konfliktplan des LBP (Ordner 07, Anlage 1, Blatt 2 entnommen werden.

Die Eingriffe in das LSG „Mooswald“ sind insgesamt unerheblich. Baubedingt sind ca. 0,01% der LSG-Gesamtfläche betroffen. Anlagebedingt werden lediglich 0,01% der LSG-Gesamtfläche beansprucht. Weitere Beeinträchtigungen durch Lärm und Kollisionen von Tieren mit Zügen können nicht vollständig ausgeschlossen werden. Durch die unmittelbare Lage an der A5 ist die Randzone des LSG bereits erheblich vorbelastet. Detaillierte Ausführungen zu den Konflikten im Randbereich des LSG sind in der UVS (Ordner 11-14), im LBP (Ordner 7), in der FFH-VS (Ordner 15) und im Artenschutzfachbeitrag (Ordner 22) ausführlich beschrieben und bewertet.

Tabelle: Beeinträchtigung der Schutzziele

Schutzzweck gem. § 3 Schutzgebietsverordnung	Beeinträchtigung
Erhaltung und Sicherung eines leistungsfähigen Naturhaushalts im Mooswald und seinen angrenzenden Freiflächen als zusammen hängender einheitlicher ökologischer Ausgleichsraum für den Verdichtungsraum der Stadt Freiburg mit seinen vielfältigen, insbesondere klimatischen Wirkungen;	Das Schutzziel wird nicht beeinträchtigt, da nur randliche und sehr geringe Flächenverlust an der A5 verursacht werden. Die Kernzonen des LSG bleiben unberührt. Durch die sehr geringen Flächenverluste wird die Klimatische Wirkung der Flächen nicht beeinträchtigt
Erhaltung von Vielfalt und Schönheit der Natur und Landschaft in diesem Raum mit seinen charakteristischen Lebensgemeinschaften von Tieren und Pflanzen, den Streuobstbeständen und dem Weißstorchvorkommen	Das Schutzziel wird nicht beeinträchtigt, da durch die A5 bereits eine erhebliche Vorbelastung besteht. Die Schönheit und Vielfalt des LSG ist nicht gefährdet. Streuobstbestände und das Weißstorchvorkommen sind nicht beeinträchtigt.
die Sicherung und Entwicklung des Gebiets als attraktiver naturnaher Erholungsraum für die Stadt Freiburg und die angrenzenden Gemeinden	Das Schutzziel wird nicht beeinträchtigt, da die als Erholungsraum genutzten Flächen im LSG außerhalb dem Wirkungsbereich der Bahntrasse liegen.
Erhaltung und Entwicklung der im Landschaftsschutzgebiet vorkommenden Lebensräume nach Anhang I sowie der Habitate der in den Anhängen II oder IV der FFH-Richtlinie genannten Tier- und Pflanzenarten und der Vogelarten der Vogelschutzrichtlinie	Durch umfangreiche Vermeidung, Minimierungs- und vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen sind Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG ausgeschlossen
Erhaltung, Sicherung und Entwicklung des Habitatmosaiks der Zaunammer (streng geschützt nach § 10 Abs.2 Ziffer 11 c Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)) am Nordhang des Schönbergs	Das Schutzziel wird nicht beeinträchtigt, die Nordhänge des Schönbergs liegen außerhalb dem Wirkungsbereich der Bahntrasse.

Artenschutzrechtliche Konflikte werden im Artenschutzfachbeitrag (Ordner 22) umfangreich beschrieben und bewertet. Als Ergebnis ist festzuhalten:

Werden die in Kapitel 7 des Artenschutzfachbeitrages (Ordner 22) ausgeführten artspezifischen Vermeidungs-, Minimierungs- und CEF-Maßnahmen umgesetzt, hat der Eingriff durch den Neubau der Bahntrasse keine Auslösung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände im Schutzgebiet zur Folge.

Tabelle: Verletzung der Verbote im Schutzgebiet

Verbote gemäß § 4 Schutzgebietsverordnung	Verletzung der Verbote
1. wesentliche Landschaftsbestandteile, wie Bäume, Streuobstbestände, Hecken, Gebüsche, feuchte Senken oder die Ufervegetation von Bächen und Gräben zu beseitigen, zu zerstören oder zu ändern;	Ja*
2. Bäume mit starken Totholzästen oder Totholzstämmen am Nordhang des Schönbergs zu beseitigen;	nein
3. bauliche Anlagen im Sinne der Landesbauordnung zu errichten oder der Errichtung gleichgestellte Maßnahmen durchzuführen	nein
4. Einfriedungen zu errichten;	nein
5. Straßen, Wege, Plätze oder sonstige Verkehrsanlagen anzulegen, ober- oder unterirdische Leitungen aller Art zu verlegen oder Anlagen dieser Art zu verändern;	Ja*
6. Stätten für Sport und Spiel anzulegen oder zu verändern;	nein
7. Flugplätze, Gelände für das Starten und Landen von Luftsportgeräten (zum Beispiel Hängegleiter, Gleitflugzeuge, Gleitfallschirme) sowie Gelände für den Aufstieg von Flugmodellen, die der luftverkehrsrechtlichen Erlaubnis bedürfen, anzulegen oder zu verändern;	nein
8. fließende oder stehende Gewässer anzulegen, zu beseitigen oder zu verändern sowie Entwässerungs- oder andere Maßnahmen vorzunehmen, die den Wasserhaushalt verändern;	nein
9. Plakate, Bild- oder Schrifttafeln aufzustellen oder anzubringen mit Ausnahme behördlich zugelassener Beschilderungen;	nein
10. die Bodengestalt zu verändern, insbesondere durch Abgrabungen und Aufschüttungen;	Ja*
11. Kahlschlag von Wald auf einer Fläche von mehr als 2 ha;	nein
12. neu aufzuforsten oder Christbaum- und Schmuckreisigkulturen und Vorratspflanzungen von Sträuchern und Bäumen anzulegen;	nein
13. Art und Umfang der bisherigen Grundstücksnutzung entgegen dem Schutzzweck zu ändern, insbesondere Kleingärten anzulegen;	nein
14. Dauergrünland umzubrechen;	nein
15. Motorsport zu betreiben;	nein
16. zu zelten, zu lagern, Wohnwagen oder Verkaufsstände aufzustellen;	nein
17. Wohnboote, Bojen oder andere schwimmende Anlagen zu verankern und Stege zu errichten;	nein
18. Gegenstände zu lagern, soweit sie nicht zur zulässigen Nutzung des Grundstückes erforderlich sind.	nein

* im seitlichen Randbereich des Schutzgebietes durch die Bahntrasse

1.1.6 Maßnahmen zur Kompensation

Im Rahmen des LBP (Ordner 7) wurde für den PfA 8.1 ein umfangreiches Maßnahmenkonzept mit Vermeidungs-, Minimierungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erarbeitet. Artenschutzrechtliche Maßnahmen wurden in der FFH-Verträglichkeitsuntersuchung (Ordner 15) und im Artenschutzfachbeitrag (Ordner 22 festgelegt.

Danach wird der Tuniseebach verlegt, naturnah gestaltet und beidseitig mit einem Gewässerrandstreifen versehen, der einer intensiven Bewirtschaftung entzogen wird. Durch diese Maßnahmen wird der Lebensraum für die Bachmuschel und Helm-Azurjungfer gegenüber der Bestandsituation deutlich aufgewertet.

Die vorübergehend beanspruchten Flächen werden nach Abschluss der Bautätigkeiten rekultiviert und in einen naturnahen Zustand wieder überführt. In der Eingriffs-Ausgleichs-Bilanz des LBP sind die Eingriffe in das LSG naturschutzrechtlich vollumfänglich berücksichtigt. Durch die Maßnahmen E1, E2, E3 und E4 werden zusätzlich naturschutz- und artenschutzfachlich hochwertige Maßnahmen im Naturraum geschaffen.

Durch die genannten Maßnahmen ist eine Verschlechterung der Schutzzwecke gemäß § 3 der Schutzgebietsverordnung auszuschließen. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, dass eine Befreiung gemäß § 8 der Schutzgebiets-Verordnung erteilt werden kann.

1.2 LSG „Dreisamniederung“

Das Landschaftsschutzgebiet hat eine Größe von ca. 1.680 ha.

Das Schutzgebiet umfasst hauptsächlich Teile des nördlichen Schotterfächers der Dreisamniederterrasse westlich von Freiburg und die westlich anschließenden Freiflächen bis zu dem am

Ostrand des Tunibergs und des Kaiserstuhls verlaufenden Mühlbaches. Östlich des Nimberges sind kleine Teile des Schwemmfächers der Glotter auf Gemarkung March-Holzhausen und außerdem Teile der südlichen Ausläufer dieses Vorgebirges selbst einbezogen. Im Wesentlichen wird es wie folgt begrenzt, wobei die Grenze bildenden Straßen und Wege nicht Bestandteil des Schutzgebietes sind; die Grenze bildende Gewässer gehören aber mit beiden Ufern zum Schutzgebiet. Genannte Flurstücke liegen innerhalb des Schutzgebietes.

1.2.1 Schutzzwecke gemäß § 3 Schutzgebietsverordnung

Wesentliche Schutzzwecke sind:

1. Die Erhaltung und Sicherung eines leistungsfähigen Naturhaushalts in der Dreisam- und Glotterniederung und ihrer angrenzenden Freiflächen als zusammenhängender einheitlicher ökologischer Ausgleichsraum und
2. die Erhaltung des charakteristischen Landschaftsbildes mit einer vielfältigen Gliederung von Wald- und Feldfluren als Lebensraum artenreicher Tier- und Pflanzengemeinschaften und als Erholungsraum für die Allgemeinheit.

1.2.2 Verbote gemäß § 4 Schutzgebietsverordnung

In dem Landschaftsschutzgebiet sind alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen, insbesondere wenn dadurch

1. der Naturhaushalt geschädigt,
2. die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter nachhaltig gestört,
3. eine geschützte Flächennutzung auf Dauer geändert,
4. das Landschaftsbild nachteilig geändert oder die natürliche Eigenart der Landschaft auf andere Weise beeinträchtigt oder
5. der Naturgenuss oder der besondere Erholungswert der Landschaft beeinträchtigt werden.

1.2.3 Erlaubnisvorbehalte gemäß § 5 Schutzgebietsverordnung

(1) Handlungen, die den Charakter des Gebietes in der in § 4 beschriebenen Weise verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen können, bedürfen der schriftlichen Erlaubnis der unteren Naturschutzbehörde.

(2) Der Erlaubnis bedürfen insbesondere folgende Handlungen:

1. Errichtung von baulichen Anlagen im Sinne der Landesbauordnung in der jeweils geltenden Fassung oder der Errichtung gleichgestellte Maßnahmen;
2. Errichtung von Einfriedigungen;
3. Verlegen oder Ändern von ober- oder unterirdischen Leitungen aller Art außerhalb öffentlicher Verkehrsanlagen;
4. Abbau, Entnahme oder Einbringen von Steinen, Kies, Sand, Lehm oder anderen Bodenbestandteilen oder die Veränderung der Bodengestalt auf andere Weise;
5. Lagern von Gegenständen, soweit sie nicht zur zulässigen Nutzung des Grundstücks erforderlich sind;
6. Neuherstellung oder Veränderung von Straßen, Wegen, Plätzen, oder der anderen Verkehrsanlagen;
7. Anlage oder Veränderung von Stätten für Sport und Spiel, einschließlich Motorsportanlagen;
8. Anlage oder Veränderung von Flugplätzen;
9. Betrieb von Motorsport, Modellflugzeugen sowie von motorgetriebenen Schlitten;
10. Aufstellen von Wohnwagen, Zelten oder Verkaufsständen außerhalb der zugelassenen Plätze oder Abstellen von Kraftfahrzeugen außerhalb öffentlicher Verkehrsanlagen;
11. Verankern von Wohnbooten, Bojen oder anderen schwimmenden Anlagen und die Errichtung von Stegen;
12. Anlage, Beseitigung oder Änderung von fließenden oder stehenden Gewässern;

13. Aufstellen oder Anbringen von Plakaten, Bild- oder Schrifttafeln;
 14. Kahlschlag von Wald auf einer Fläche von mehr als 4 ha;
 15. Neuaufforstungen, Umwandlungen von Wald, Anlage von Kleingärten oder die wesentliche Änderung der Bodennutzung auf andere Weise und
 16. Beseitigung oder Änderung von wesentlichen Landschaftsbestandteilen, wie Bäume, Hecken, Gebüsche oder der Ufervegetation von Bächen und Gräben.
- (3) Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn die Handlung Wirkungen der in § 4 genannten Art nicht zur Folge hat oder solche Wirkungen durch Auflagen oder Bedingungen abgewendet werden können.
- (4) Die Erlaubnis wird durch eine nach anderen Vorschriften notwendige Gestattung ersetzt, wenn diese mit Zustimmung der Naturschutzbehörde ergangen ist.
- (5) Bei Handlungen des Bundes und des Landes, die nach anderen Vorschriften keiner Gestattung bedürfen, wird die Erlaubnis durch das Einvernehmen mit der Naturschutzbehörde ersetzt. Das gleiche gilt für Handlungen, die unter Leitung oder Betreuung staatlicher Behörden durchgeführt werden.

1.2.4 Befreiung gemäß § 8 Schutzgebietsverordnung

- (1) Von den Vorschriften dieser Verordnung kann die untere Naturschutzbehörde nach § 63 Naturschutzgesetz Befreiung erteilen.
- (2) Die Befreiung bedarf bei folgenden Handlungen der Zustimmung der höheren Naturschutzbehörde:
1. der Abbau von Bodenbestandteilen;
 2. die Errichtung oder wesentliche Änderung von Gebäuden;
 3. die Verlegung oder wesentliche Änderung von oberirdischen Leitungen;
 4. die Anlage oder wesentliche Änderung von Verkehrsanlagen.

1.2.5 Konfliktpotenzial

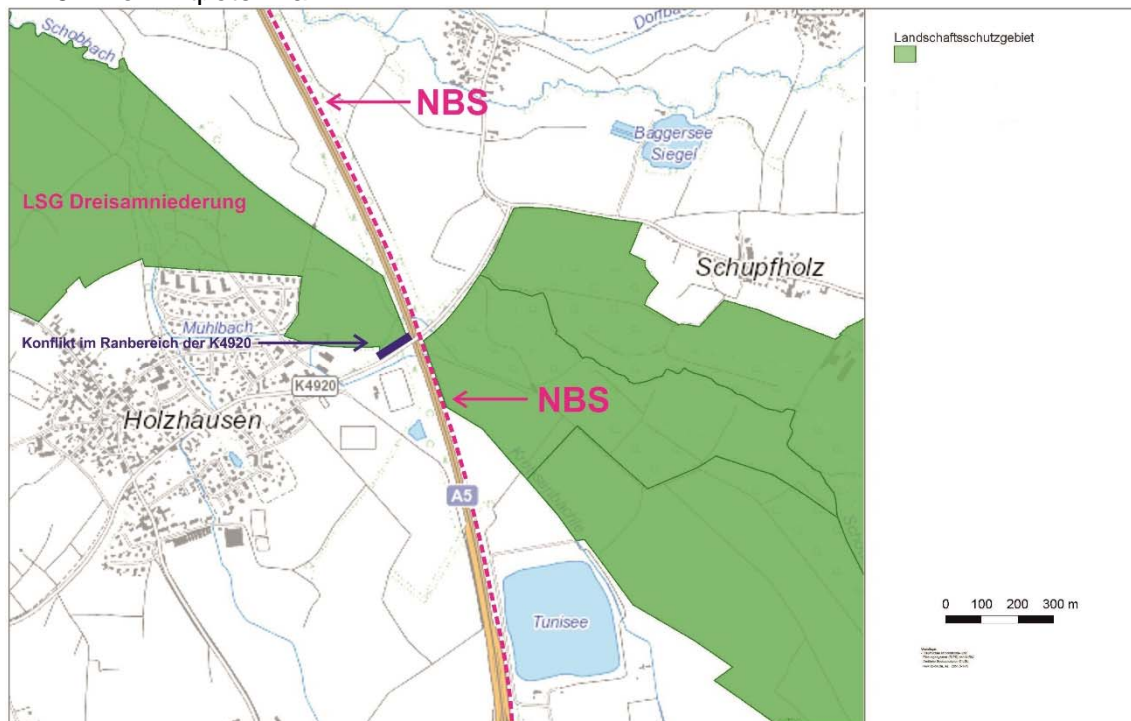


Abb. 3 Konfliktbereich LSG Dreisamniederung

Die in § 3 genannten Schutzzwecke sind durch baubedingte Wirkungen im Bereich des Vorhabens betroffen. Vorübergehend wird eine Fläche in Höhe von ca. 1.600 m² im Randbereich des LSG „Dreisamniederung“ angrenzend an die K4920 in Anspruch genommen. Betroffen ist ein naturferner

Waldbestand. Die dauerhafte Flächeninanspruchnahme im Ausrundungsbereich der Böschung ist kaum messbar und somit unerheblich. Die betroffenen Biotoptypen können dem Bestands- und Konfliktplan des LBP (Ordner 07, Anlage 1, Blatt 2 entnommen werden.

Weitere Beeinträchtigungen durch Lärm und Kollisionen von Tieren mit Zügen können nicht vollständig ausgeschlossen werden. Durch die unmittelbare Lage an der A5 ist die Randzone des LSG bereits erheblich vorbelastet. Detaillierte Ausführungen zu den Konflikten im Randbereich des LSG sind in der UVS (Ordner 11-14), im LBP (Ordner 7), in der FFH-VS (Ordner 15) und im Artenschutzfachbeitrag (Ordner 22) ausführlich beschrieben und bewertet.

Tabelle: Beeinträchtigung der Schutzziele

Schutzzweck gem. § 3 Schutzgebietsverordnung	Beeinträchtigung
Erhaltung und Sicherung eines leistungsfähigen Naturhaushalts in der Dreisam- und Glotterniederung und ihrer angrenzenden Freiflächen als zusammenhängender einheitlicher ökologischer Ausgleichsraum	Das Schutzziel wird nicht beeinträchtigt, da nur randliche und sehr geringe Flächenverlust an der K 4920 verursacht werden. Die Kernzonen des LSG, insbesondere die Dreisam- und Glotterniederung liegen außerhalb dem Wirkungsbereich der Bahn-trasse.
Erhaltung des charakteristischen Landschaftsbildes mit einer vielfältigen Gliederung von Wald- und Feldfluren als Lebensraum artenreicher Tier- und Pflanzengemeinschaften und als Erholungsraum für die Allgemeinheit.	Das Schutzziel wird nicht beeinträchtigt, da durch die K 4920 und die A5 bereits eine erhebliche Vorbelastung besteht. Das Landschaftsbild, die Funktion als Lebensraum für Pflanzen und Tiere als auch der Erholungsraum ist nicht gefährdet.

Artenschutzrechtliche Konflikte werden im Artenschutzfachbeitrag (Ordner 22) umfangreich beschrieben und bewertet. Als Ergebnis ist festzuhalten:

Werden die in Kapitel 7 des Artenschutzfachbeitrages (Ordner 22) ausgeführten artspezifischen Vermeidungs-, Minimierungs- und CEF-Maßnahmen umgesetzt, hat der Eingriff durch den Neubau der Bahntrasse keine Auslösung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände im Schutzgebiet zur Folge.

Tabelle: Verletzung der Verbote im Schutzgebiet

Verbote gemäß § 4 Schutzgebietsverordnung	Verletzung der Verbote
1. Errichtung von baulichen Anlagen im Sinne der Landesbauordnung in der jeweils geltenden Fassung oder der Errichtung gleichgestellte Maßnahmen;	nein
2. Errichtung von Einfriedigungen;	nein
3. Verlegen oder Ändern von ober- oder unterirdischen Leitungen aller Art außerhalb öffentlicher Verkehrsanlagen;	nein
4. Abbau, Entnahme oder Einbringen von Steinen, Kies, Sand, Lehm oder anderen Bodenbestandteilen oder die Veränderung der Bodengestalt auf andere Weise;	nein
5. Lagern von Gegenständen, soweit sie nicht zur zulässigen Nutzung des Grundstücks erforderlich sind;	nein
6. Neuherstellung oder Veränderung von Straßen, Wegen, Plätzen, oder der anderen Verkehrsanlagen;	Ja*
7. Anlage oder Veränderung von Stätten für Sport und Spiel, einschließlich Motorsportanlagen;	nein
8. Anlage oder Veränderung von Flugplätzen;	nein
9. Betrieb von Motorsport, Modellflugzeugen sowie von motorgetriebenen Schlitten;	nein
10. Aufstellen von Wohnwagen, Zelten oder Verkaufsständen außerhalb der zugelassenen Plätze oder Abstellen von Kraftfahrzeugen außerhalb öffentlicher Verkehrsanlagen;	nein
11. Verankern von Wohnbooten, Bojen oder anderen schwimmenden Anlagen und die Errichtung von Stegen;	nein
12. Anlage, Beseitigung oder Änderung von fließenden oder stehenden Gewässern;	nein
13. Aufstellen oder Anbringen von Plakaten, Bild- oder Schrifttafeln;	nein

14. Kahlschlag von Wald auf einer Fläche von mehr als 4 ha;	nein
15. Neuaufforstungen, Umwandlungen von Wald, Anlage von Kleingärten oder die wesentliche Änderung der Bodennutzung auf andere Weise und	nein
16. Beseitigung oder Änderung von wesentlichen Landschaftsbestandteilen, wie Bäume, Hecken, Gebüsche oder der Ufervegetation von Bächen und Gräben.	nein

* im seitlichen Randbereich des Schutzgebietes durch die K4920

1.2.6 Maßnahmen zur Kompensation

Die randlichen Eingriffe in das LSG „Dreisamniederung“ sind insgesamt unerheblich und vernachlässigbar gering. Lediglich baubedingt sind ca. 0,01% der LSG-Gesamtfläche vorübergehend betroffen. Weitere Maßnahmen zur Kompensation sind somit nicht erforderlich.

Im Rahmen des LBP wurde für den PfA 8.1 ein umfangreiches Maßnahmenkonzept mit Vermeidungs-, Minimierungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erarbeitet. Artenschutzrechtliche Maßnahmen wurden in der FFH-Verträglichkeitsuntersuchung und im Artenschutzfachbeitrag festgelegt.

Die vorübergehend beanspruchten Flächen werden nach Abschluss der Bautätigkeiten rekultiviert und in einen naturnahen Zustand wieder überführt. In der Eingriffs-Ausgleichs-Bilanz des LBP sind die Eingriffe in das LSG naturschutzrechtlich vollumfänglich berücksichtigt. Durch die Maßnahmen E1, E2, E3 und E4 werden zusätzlich naturschutz- und artenschutzfachlich hochwertige Maßnahmen im Naturraum geschaffen.

Durch die genannten Maßnahmen ist eine Verschlechterung der Schutzzwecke gemäß § 3 der Schutzgebietsverordnung auszuschließen. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, dass eine Befreiung gemäß § 8 der Schutzgebiets-Verordnung erteilt werden kann.

1.3 NSG „Teninger Unterwald“

Das Naturschutzgebiet hat eine Größe von ca. 50,7 ha. Es umfasst einen Teil des Grundstücks Flst. Nr. 4092 auf Gemarkung Teningen. Die Grenze des Schutzgebietes folgt im Osten dem Feuerbach, im Norden und Westen dem Wässerungsgraben am Waldrand, im Süden dem Waldrand.

1.3.1 Schutzzwecke gemäß § 3 Schutzgebietsverordnung

Wesentlicher Schutzzweck ist die Erhaltung des Teninger Unterwaldes als Lebensraum verschiedener landschaftstypischer, in unterschiedlichem Ausmaß grundwasserabhängiger Waldbestände mit artenreicher Flora und Fauna.

1.3.2 Verbote gemäß § 4 Schutzgebietsverordnung

(1) In dem Naturschutzgebiet sind alle Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Schutzgebietes oder seiner Bestandteile, zu einer nachhaltigen Störung oder zu einer Beeinträchtigung der wissenschaftlichen Forschung führen können.

(2) Insbesondere ist verboten:

1. bauliche Anlagen im Sinne der Landesbauordnung in der jeweils geltenden Fassung zu errichten oder der Errichtung gleichgestellte Maßnahmen durchzuführen;
2. Straßen, Wege, Plätze oder sonstige Verkehrsanlagen anzulegen, Leitungen zu verlegen oder Anlagen dieser Art zu verändern;
3. Plakate, Bild - oder Schrifttafeln aufzustellen oder anzubringen;
4. Steine, Kies, Sand, Lehm oder andere Bodenbestandteile abzubauen, zu entnehmen oder einzubringen, oder die Bodengestalt auf andere Weise zu verändern;
5. Abfälle oder sonstige Gegenstände zu lagern oder abzulagern;
6. fließende oder stehende Gewässer anzulegen, zu beseitigen oder umzugestalten, Entwässerungsmaßnahmen durchzuführen, vorhandene Gräben zu verbreitern oder zu vertiefen oder auf andere Weise den Wasserhaushalt des Gebietes zu verändern;

7. Pflanzen oder Pflanzenteile einzubringen, zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören;
8. Tiere einzubringen, wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder Puppen, Larven, Eier oder Nester oder sonstige Brut-, Wohn- oder Zufluchtstätten dieser Tiere zu entfernen, zu beschädigen oder zu zerstören;
9. Wald auszustocken oder die Grundstücksnutzung anderweitig zu ändern;
10. chemische Mittel zur Bekämpfung von Schadorganismen oder Pflanzenkrankheiten sowie Wirkstoffe, die den Entwicklungsablauf von Pflanzen beeinflussen, auszubringen;
11. zu zelten, zu lagern, Wohnwagen, sonstige Fahrzeuge oder Verkaufsstände aufzustellen;
12. das Schutzgebiet außerhalb der Wege zu betreten;
13. Feuer anzumachen;
14. ohne zwingenden Grund Lärm, Luftverunreinigungen oder Erschütterungen zu verursachen;
15. den Waldtrauf am Westrand (zwischen Fahrweg und Schwobbach) auf der gesamten Länge zu verändern oder zu beseitigen.

1.3.3 Erlaubnisvorbehalte gemäß § 5 Schutzgebietsverordnung

§ 4 gilt nicht:

1. für die ordnungsmäßige Ausübung der Jagd;
2. für die ordnungsmäßige forstwirtschaftliche Nutzung in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang mit der Maßgabe, dass
 - a) zur Verjüngung der Waldbestände nur gebietseigene, standortgemäße Laubholzarten aus einheimischem Saatgut verwendet werden dürfen;
 - b) die Altholzbestände in den ehemaligen Abteilungen 21 und 22 nur kleinflächig (bis zu 0,3 ha Schlagfläche) verjüngt werden dürfen;
 - c) die Waldbestände der ehemaligen Abteilungen 24 und 25 in ein- bis zweijährigen Abständen verjüngt werden dürfen, wobei die Größe der jährlich eingeschlagenen Waldbestände 1 ha Fläche nicht wesentlich überschreiten darf;
 - d) der für die Bewirtschaftung der Waldbestände erforderliche Wegebau im Einvernehmen mit der höheren Naturschutzbehörde erfolgt;
3. für die sonstige bisher rechtmäßigerweise ausgeübte Nutzung der Grundstücke, Wege und Gewässer sowie der rechtmäßigerweise bestehenden Einrichtungen in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang sowie deren Unterhaltung und Instandsetzung;
4. für Pflegemaßnahmen, die von der höheren Naturschutzbehörde oder der von ihr beauftragten Stelle angeordnet werden;
5. für behördlich angeordnete oder zugelassene Beschilderungen;
6. für notwendige Handlungen in Ausübung einer amtlichen oder ehrenamtlichen Überwachungstätigkeit.

1.3.4 Befreiung gemäß § 8 Schutzgebietsverordnung

Von den Vorschriften dieser Verordnung kann nach § 63 NatSchG Befreiung erteilt werden.

1.3.5 Konfliktpotenzial

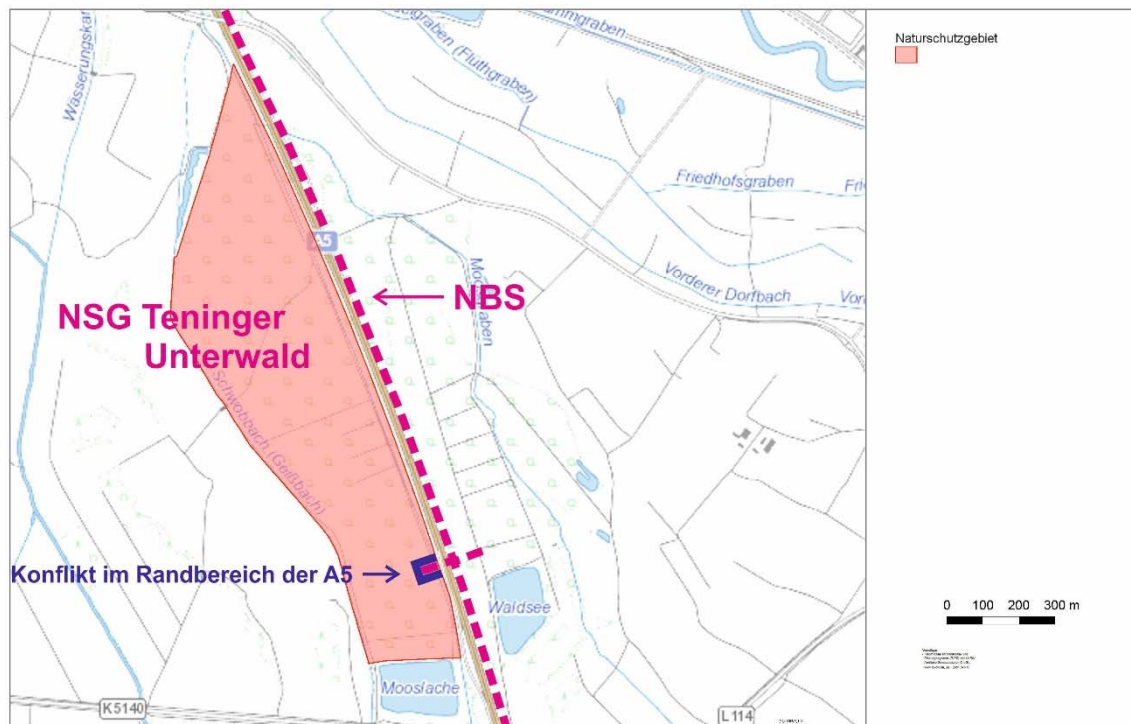


Abb. 4 Konfliktbereich NSG Teninger Unterwald

Die in § 3 genannten Schutzzwecke sind durch bau- und anlagebedingte Wirkungen im Bereich des Vorhabens betroffen. Vorübergehend wird eine Fläche in Höhe von ca. 3.200 m² (0,63% der NSG-Gesamtfläche) im Randbereich des NSG „Teninger Unterwald“ in Anspruch genommen. Die betroffenen Biotoptypen können dem Bestands- und Konfliktplan des LBP (Ordner 07, Anlage 1, Blatt 2 entnommen werden. Die Grünbrücke liegt bei NBS-km 189,4).

Dauerhaft wird eine Fläche in Höhe von ca. 2.300 m² (0,45% der NSG-Gesamtfläche) an grenzend an die A5 in Anspruch genommen. Betroffen ist ein naturnaher Waldbestand. Detaillierte Ausführungen zu den Konflikten im Randbereich des LSG sind in der UVS (Ordner 11-14), im LBP (Ordner 7), in der FFH-VS (Ordner 15) und im Artenschutzfachbeitrag (Ordner 22) ausführlich beschrieben und bewertet.

Tabelle: Beeinträchtigung der Schutzziele

Schutzzweck gem. § 3 Schutzgebietsverordnung	Beeinträchtigung
Erhaltung des Teninger Unterwaldes als Lebensraum verschiedener landschaftstypischer, in unterschiedlichem Ausmaß grundwasserabhängiger Waldbestände mit artenreicher Flora und Fauna.	Das Schutzziel wird nicht beeinträchtigt, da nur randliche und sehr geringe Flächenverluste verursacht werden. Die Kernzonen des NSG mit seiner artenreichen Flora und Fauna bleiben unberührt

Artenschutzrechtliche Konflikte werden im Artenschutzfachbeitrag (Ordner 22) umfangreich beschrieben und bewertet. Als Ergebnis ist festzuhalten:

Werden die im Artenschutzfachbeitrag (Ordner 22, Erläuterungsbericht Kap. 7) aufgeführten artspezifischen Vermeidungs-, Minimierungs- und CEF-Maßnahmen umgesetzt, hat der Eingriff durch den Neubau der Bahntrasse keine Auslösung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände im Schutzgebiet zur Folge.

Tabelle: Verletzung der Verbote im Schutzgebiet

Verbote gemäß § 4 Schutzgebietsverordnung	Verletzung der Verbote
1. bauliche Anlagen im Sinne der Landesbauordnung in der jeweils geltenden Fassung zu errichten oder der Errichtung gleichgestellte Maßnahmen durchzuführen;	Ja*
2. Straßen, Wege, Plätze oder sonstige Verkehrsanlagen anzulegen, Leitungen zu verlegen oder Anlagen dieser Art zu verändern;	Ja*
3. Plakate, Bild- oder Schrifttafeln aufzustellen oder anzubringen;	nein
4. Steine, Kies, Sand, Lehm oder andere Bodenbestandteile abzubauen, zu entnehmen oder einzubringen, oder die Bodengestalt auf andere Weise zu verändern;	nein
5. Abfälle oder sonstige Gegenstände zu lagern oder abzulagern;	nein
6. fließende oder stehende Gewässer anzulegen, zu beseitigen oder umzugestalten, Entwässerungsmaßnahmen durchzuführen, vorhandene Gräben zu verbreitern oder zu vertiefen oder auf andere Weise den Wasserhaushalt des Gebietes zu verändern;	nein
7. Pflanzen oder Pflanzenteile einzubringen, zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören;	nein
8. Tiere einzubringen, wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, sie zu fangen,	nein
9. Wald auszustocken oder die Grundstücksnutzung anderweitig zu ändern;	Ja*
10. chemische Mittel zur Bekämpfung von Schadorganismen oder Pflanzenkrankheiten sowie Wirkstoffe, die den Entwicklungsablauf von Pflanzen beeinflussen, auszubringen;	nein
11. zu zelten, zu lagern, Wohnwagen, sonstige Fahrzeuge oder Verkaufsstände aufzustellen;	nein
12. das Schutzgebiet außerhalb der Wege zu betreten;	nein
13. Feuer anzumachen;	nein
14. ohne zwingenden Grund Lärm, Luftverunreinigungen oder Erschütterungen zu verursachen;	nein
15. den Waldtrauf am Westrand (zwischen Fahrweg und Schwobbach) auf der gesamten Länge zu verändern oder zu beseitigen.	nein

* im seitlichen Randbereich des Schutzgebietes durch den Bau der Brücke (Widerlager)

1.3.6 Maßnahmen zur Kompensation

Gemäß Forderung der Höheren Naturschutzbehörde wird die Grünbrücke an der K 5140 nach Norden in Höhe von Bau-km 189,390 verschoben. Die Maßnahme ist Teil des Biotopverbunds. Sie verbindet die Waldgebiete westlich und östlich der A5/NBS und ermöglicht so einen gefahrlosen Austausch von Tieren über Verkehrstrassen hinweg.

Um die Trassenpermeabilität in primärer Funktion für Fledermäuse zu verbessern, erfolgt der Bau einer Grünbrücke im Teninger Unterwald ca. 500 m nördlich der K5140 (km 189,39) über NBS und BAB A5 mit einer Bauwerksbreite von 20 m. Das Bauwerk ist in der Technischen Planung bereits berücksichtigt. Die Brücke erhält eine Substratschicht von mindestens 100 cm. Um Störungen durch den Verkehr, die eine Annahme der Grünbrücke als Querungshilfe erschweren können, zu verhindern, wird das Bauwerk auf beiden Seiten mit 4 m hohen Irritationsschutzwänden ausgestattet. Jeweils parallel zu den nördlichen und südlichen Irritationsschutzwänden erfolgt auf der Grünbrücke eine durchgängige Bepflanzung mit gebietsheimischen Sträuchern 2. Ordnung. Gepflanzt werden Hochstämme (StU 16-18 cm, H. 300-350 cm) sowie Hecken-/ Strauch-Pflanzgut mit mindestens 0,9 – 1,2 m Höhe, damit die Verbund- und Nahrungsfunktionen sich zeitnah entfalten. Der Pflanzabstand zwischen Gehölzband und Irritationsschutzwand sollte 2 m nicht unterschreiten. Zur Störungsminimierung wird auf eine brückenquerende Wegführung verzichtet. Stattdessen dient im Zwischenbereich ein nährstoffarmer Bodenauftrag zur Entwicklung einer schütterten Vegetation.

Die Grünbrücke beinhaltet beidseitig Böschungen im Winkel von 45° zum angrenzenden Gelände, die, vergleichbar mit Straßenböschungen, mit gebietsheimischen Gehölzpflanzungen und Ansaaten begrünt werden. Die beidseitigen Gehölzreihen der Grünbrücke sind im Bereich der Brückenzuwegungen jeweils nördlich und südlich böschungsbegleitend (vgl. nachfolgende Abbildung). an den umgebenden Waldbestand anzubinden. Zwischen den nördlichen und südlichen Gehölzreihen sind im Zuwegungsbereich Bäume 1. Grades in lockerer Anordnung mit einem Abstand von 10 bis 15 zu pflanzen um diffuse Querungen der Fledermäuse bei Waldaustritt zu erleichtern.

Im näheren Umfeld (1 km Radius) der Grünbrücke liegen Reproduktionsnachweise der Wasserfledermaus sowie Jagdgebietenachweise u.a. der Bechsteinfledermaus, des Großen Mausohrs und der Fransenfledermaus vor. Innerhalb der beidseitig der Trasse gelegenen Waldabschnitte ist auf das Vorhandensein von Leitelementen zur fledermausgerechten Anbindung an die Grünbrücke zu achten. Im Umfeld der geplanten Brücke befindet sich im Teninger Unterwald ein ostseitig verlaufender Waldweg, der zur Grünbrücke hinführt und östlich der Brücke in einem Abstand von ca.

50 m vor Erreichen des Brückenwiderlagers endet. Westseitig sind derzeit keine Wegenbindungen vorhanden. Hier ist in Verlängerung zur Querungsachse innerhalb des zur Brücke vorgelagerten Jungholzbestandes die durchgängige Ausbildung einer ca. 70 m langen einreihigen Waldschneise mit Anbindung an den benachbarten Altholzbestand geplant.

Unter Berücksichtigung der im Sächsischen Leitfaden zur Gestaltung von Querungshilfen für Fledermäuse (BRINKMANN et al. 2008) formulierten Empfehlungen zur Dimensionierung von begrünten Brückenbauwerken werden die Anforderungen für die Artengruppe der Fledermäuse durch die Grünbrücke im Teningen Unterwald vollständig erfüllt.

Die vorübergehend beanspruchten Flächen werden nach Abschluss der Bautätigkeiten rekultiviert und in einen naturnahen Zustand wieder überführt. In der Eingriffs-Ausgleichs-Bilanz des LBP sind die Eingriffe in das NSG naturschutzrechtlich vollumfänglich berücksichtigt. Durch die Maßnahmen E1, E2, E3 und E4 werden zusätzlich naturschutz- und artenschutzfachlich hochwertige Maßnahmen im Naturraum geschaffen.

Durch die genannten Maßnahmen ist eine Verschlechterung der Schutzzwecke gemäß § 3 der Schutzgebietsverordnung auszuschließen. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, dass eine Befreiung gemäß § 8 der Schutzgebiets-Verordnung erteilt werden kann.

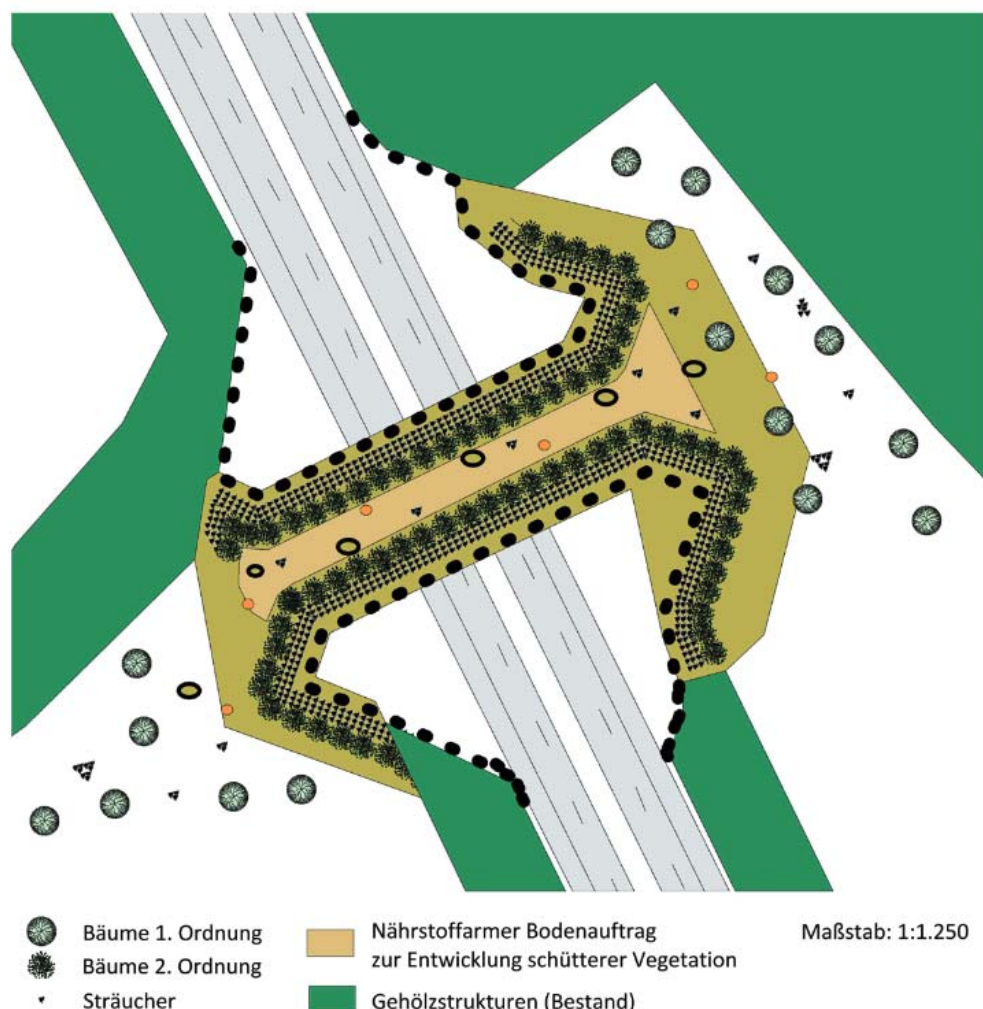


Abbildung: Ausgestaltung von Grünbrücken unter Berücksichtigung der artenschutzfachlichen Erfordernisse für Fledermäuse (Fett gestrichelte Linie = Irritationsschutzwand, ockerfarbene Fläche = Rekultivierung bauzeitlich genutzter Flächen).

Quelle: [DIETZ & KRANNICH 2019]

Abbildung aus: Dietz, M., Krannich, A. (2019): Die Bechsteinfledermaus *Myotis bechsteinii* - eine Leitart für den Waldnaturschutz. Handbuch für die Praxis. Idstein. 188 S. (Der Maßstab unter der Abb. stimmt nicht mehr.)

2 Schutzgebietsverordnungen und Datenauswertebogen

2.1 Schutzgebietsverordnung LSG „Mooswald“

3.11.011 Mooswald

Verordnung des Regierungspräsidiums Freiburg über das Landschaftsschutzgebiet »Mooswald« vom 24. Mai 2006

Auf Grund der §§ 29 und 73 Abs.5 des Naturschutzgesetzes (NatSchG) in der Fassung vom 13. Dezember 2005 (GBl. S. 745) wird verordnet:

§ 1 Erklärung zum Schutzgebiet

Die in § 2 näher bezeichneten Flächen auf dem Gebiet der Stadt Freiburg (Stadtkreis Freiburg), der Gemeinden Gottenheim, Umkirch, Schallstadt und March (Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald) sowie der Gemeinde Vörstetten (Landkreis Emmendingen) werden zum Landschaftsschutzgebiet erklärt. Das Landschaftsschutzgebiet ist in Teilen zugleich ein Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung im Sinne der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 über die Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, kurz: FFH-Richtlinie) sowie ein Vogelschutzgebiet im Sinne der Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten (kurz: Vogelschutzrichtlinie) im Folgenden zusammengefasst als NATURA 2000-Gebiet bezeichnet. Das Landschaftsschutzgebiet führt die Bezeichnung »Mooswald«.

§ 2 Schutzgegenstand

(1) Das Landschaftsschutzgebiet hat eine Größe von rd. 4468 ha.

(2) Das Schutzgebiet umfasst hauptsächlich den nördlichen und den südlichen Mooswald' nebst zugehörigen Freiflächen sowie den Nordhang des Schönbergs und die Höhen des Marchhügels auf Gemarkung Freiburg-Hochdorf. Im Wesentlichen wird es durch folgende Linien und Gebiete begrenzt: Ab der Autobahnausfahrt Freiburg-Nord umschließt die Grenze östlich und nördlich des Freizeitgeländes Silbersee die nördlich der B 294 gelegenen Waldungen nebst vorgelagerter Freiflächen auf Gemarkung Freiburg-Hochdorf und Vörstetten. Auf Gemarkung Vörstetten reicht das Gebiet im Norden bis zur K 5141 und verläuft dann südlich der K 5131, des bebauten Ortsteils Schupfholz und des Mühlbachs im Westen um die bebaute Ortslage von Vörstetten herum bis zur Gemarkungsgrenze Freiburg / Gundelfingen. Im Osten folgt sie der Gemarkungsgrenze, sodann der Mooswaldallee, verläuft am Nordwestrand des Flugplatzes bis zur Bahnlinie Freiburg-Breisach. Zwischen Bahnlinie und Dreisam ist der Stadtwald »Oberer Rot-Schachen«, der »Lehener Wald« am Moosweiher und das Waldgebiet im Stadtteil Landwasser sowie das Lehener Bergle eingeschlossen. Ab der Dreisambrücke folgt die Grenze der Breisgauer Straße, bezieht nördlich die Dreisam und den Wald im Gewann »Fronholz« sowie die zwischenliegenden Gewanne bis zur Autobahn A 5 ein, verläuft darin westlich der Autobahn nach Süden bis zur K 9853. Südlich der Kreisstraße führt sie Richtung Osten, entlang der Grenze des Naturschutzgebietes »Freiburger Rieselfeld« und »Honigbuck« bis zum Gewerbegebiet »Haid West«. Sie verläuft dann am westlichen Rand des Gewerbegebiets entlang dem Waldrand bis zum Futtergangleweg und von dort weiter nach Süden bis zur B 31. Den Verkehrsknoten der B 31a / B 3 aussparend führt sie nördlich der Gewanne »Vordere Bodenmatten«, »Bodenmatten«, »Blochackern«, und Teile des Gewanns »Gottmarsmatten« einschließend, nach Osten zur Güterbahnlinie. Dieser folgt sie in südwestlicher Richtung ca. 100 m, weicht dann nach Süden bis zur Malteserordensstraße ab, folgt dieser ca. 70 m nach Osten und führt dann Richtung Süden bis zum Ebringer Weg. Im Süden ist der Nordhang des Schönbergs zwischen Ebringer Weg, Zechenweg und Bahnstrecke (jedoch ohne die bebauten Gebiete und vorgelagerte Teilflächen im Bereich Lettgrube und südöstlich des Zwiegerackerweges) und den Gemarkungsgrenzen Freiburg und Merzhausen/Ebringen/Schallstadt eingeschlossen. Westlich der Bahnlinie verläuft die Grenze entlang der Gemarkungsgrenze Freiburg/Schallstadt, Teile der Gewanne »Hintere Stüben«, »Inneres und Äußeres Landwasser« auf Gemarkung Freiburg ausschließend, bis zur B 3. Sie quert die Straße und folgt ihr auf der Westseite nach Süden, dann nach Westen

abknickend, entlang dem Altgraben sowie dem Mühle- und Holzbach einschließlich deren Südufer, umfasst das Gewann »Im tiefen Ried« mit dem Gemeinde- und Privatwald sowie dem Friedhof auf Gemarkung Mengen und kreuzt die Autobahn nördlich der Raststätte.

Nach Querung der Autobahn führt sie im Südwesten zunächst entlang der Gemarkungsgrenze Freiburg/Mengen bis zum Waldrand am Hexenbach und weiter entlang dem Waldrand, das Gewann »Holzmatten« einschließend, zur K 9864. Richtung Norden schließt sie den Reutemattensee mit Wald ein, verläuft entlang der Grenze des Naturschutzgebietes »Gaisenmoos« bis zum Wangener Weg, von dort östlich des Blankenberges zum Gewann »Waldmatten« und weiter entlang wasserführender Gräben östlich der »Waldmösl-Siedlung«. Sie quert die K 9853 und führt in wechselnden Abständen zwischen ca. 400 und 700 Metern

zum Kretzbach (Neugraben) und Krebsbach bis zum westlichen Waldrand an der K 9861. Ca. 130 m folgt sie der Kreisstraße nach Westen, führt dann ca. 220 m nach Norden und anschließend in östlicher Richtung zur L 187. Dieser folgt sie bis zum Ortseingang von Gottenheim, führt südöstlich der Bebauung Gottenheims zur L 115 und von dort südlich der Straße bis zum Ortsbeginn Umkirch. Den Rohrmattenwald einbeziehend führt sie westlich des Gewanns »Breike« nach Süden zum Dachswanger Weg und von dort entlang des Mühlbachs nach Osten. Teile des Gewanns »Geren« sind nicht Bestandteil des Schutzgebietes. Entlang der Waltershofer Straße (K 4979) verläuft die Grenze nach Süden. In Abstand von ca. 180 m Entfernung zum südlichen Baugebiet »Mühlematten und Mühlematten II« zweigt sie nach Osten ab und schließt teilweise Offenlandflächen und den Wald im Gewann »Fronholz«, einschließlich des Waldstreifens südlich der Hauptstraße (L 115/B 31 a) am östlichen Ortseingang von Umkirch, bis zum Autobahnkreuz Freiburg-Mitte ein. Dieses Kreuz ausnehmend schließt sie westlich der Dreisam den »Lehener Wald« und das Gewann »Wieblern« ein, quert auf Höhe der Gemarkungsgrenze Freiburg/Umkirch die Dreisam, führt entlang der Gemarkungsgrenze bis zur Bahnlinie Freiburg-Breisach und weiter in östlicher Richtung, das Kleingartengebiet »Christ« ausschließend, sodann der K 9855 nach Hochdorf folgend. Teile des Markwaldes auf Gemarkung Hochdorf umfassend führt sie weiter entlang der nördlichen Waldgrenze zur Autobahn A 5, der sie bis nördlich der Tank- und Rastanlage »Schauinsland« folgt. Von dort führt sie nach Westen, die Höhen des Marchhügels mit den Gewannen »Eichacker« und »Hinter dem Berg« im Osten sowie »Degental« und »Hohle« im Westen einschließend, zurück und weiter entlang der A 5 bis zur Autobahnausfahrt Freiburg- Nord. Die städtische Abfalldeponie im Gewann »Eichelbuck«, das Industrie- und Gewerbegebiet Hochdorf und das Bebauungsplangebiet »Mineral- und Thermalbad Mooswald« sind nicht Bestandteile des Schutzgebietes. Ebenso wenig sind die Grenze bildende Straßen, Wege und Bahnlinien Bestandteile des Schutzgebietes; die Grenze bildende Gewässer gehören jedoch mit beiden Ufern zum Schutzgebiet.

(3) Die Grenzen des Landschaftsschutzgebietes sind in einer Übersichtskarte im Maßstab 1: 25 000 sowie in 5 Detailkarten im Maßstab 1: 5000 mit durchgezogener grüner, flächig schwarz punktierter Linie dargestellt, wobei der äußere Rand der grünen Linie die Grenze des Landschaftsschutzgebietes darstellt. Die Flächen, die zum NATURA 2000-Gebiet gehören, sind in der Übersichtskarte mit Stand April 2006 farbig dargestellt. Die Karten sind Bestandteil dieser Verordnung. Die Verordnung mit Karten wird beim Regierungspräsidium Freiburg, bei der Stadt Freiburg sowie bei den Landratsämtern Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen auf die Dauer von zwei Wochen, beginnend am Tag nach Verkündung dieser Verordnung im Gesetzblatt, zur kostenlosen Einsicht durch jedermann während der Sprechzeiten öffentlich ausgelegt.

(4) Die Verordnung mit Karten ist nach Ablauf der Auslegungsfrist bei den in Absatz 3 Satz 4 bezeichneten Stellen zur kostenlosen Einsicht durch jedermann während der Sprechzeiten niedergelegt.

§ 3 Schutzzweck

(1) Wesentliche Schutzzwecke sind

1. die Erhaltung und Sicherung eines leistungsfähigen Naturhaushalts im Mooswald und seinen angrenzenden Freiflächen als zusammen hängender einheitlicher ökologischer Ausgleichsraum für

den Verdichtungsraum der Stadt Freiburg mit seinen vielfältigen, insbesondere klimatischen Wirkungen;

2. die Erhaltung von Vielfalt und Schönheit der Natur und Landschaft in diesem Raum mit seinen charakteristischen Lebensgemeinschaften von Tieren und Pflanzen, den Streuobstbeständen und dem Weißstorchvorkommen;

3. die Sicherung und Entwicklung des Gebiets als attraktiver naturnaher Erholungsraum für die Stadt Freiburg und die angrenzenden Gemeinden.

(2) Weitere Schutzzwecke sind

1. die Erhaltung und Entwicklung der im Landschaftsschutzgebiet vorkommenden Lebensräume nach Anhang I sowie der Habitate der in den Anhängen II oder IV der FFH-Richtlinie genannten Tier- und Pflanzenarten und der Vogelarten der Vogelschutzrichtlinie;

2. die Erhaltung, Sicherung und Entwicklung des Habitatmosaiks der Zaunammer (streng geschützt nach § 10 Abs.2 Ziffer 11 c Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)) am Nordhang des Schönbergs.

§ 4 Verbote

Im Landschaftsschutzgebiet sind alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen, insbesondere wenn dadurch

1. der Naturhaushalt geschädigt wird;

2. die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter nachhaltig gestört wird;

3. eine im Sinne des § 3 geschützte Flächennutzung auf Dauer geändert wird;

4. das Landschaftsbild nachhaltig geändert oder die natürliche Eigenart der Landschaft auf andere Weise beeinträchtigt oder eine Beeinträchtigung in den Naturschutzgebieten »Arlesheimersee«, »Freiburger Rieselfeld« »Gaisenmoos« und »Honigbuck« herbeigeführt wird;

5. der Naturgenuss oder der besondere Erholungswert der Landschaft beeinträchtigt wird;

6. innerhalb des NATURA 2000-Gebietes bei den geschützten Lebensraumtypen und Arten sowie bei den nach Anhang IV der FFH-Richtlinie genannten Arten erhebliche Beeinträchtigungen eintreten können.

§ 5 Erlaubnisvorbehalte

(1) Handlungen, die den Charakter des Landschaftsschutzgebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen können, bedürfen der Erlaubnis der jeweils zuständigen unteren Naturschutzbehörde.

(2) Der Erlaubnis bedarf es insbesondere,

1. wesentliche Landschaftsbestandteile, wie Bäume, Streuobstbestände, Hecken, Gebüsche, feuchte Senken oder die Ufervegetation von Bächen und Gräben zu beseitigen, zu zerstören oder zu ändern;

2. Bäume mit starken Totholzästen oder Totholzstämmen am Nordhang des Schönbergs zu beseitigen;

3. bauliche Anlagen im Sinne der Landesbauordnung zu errichten oder der Errichtung gleichgestellte Maßnahmen durchzuführen;

4. Einfriedungen zu errichten;

5. Straßen, Wege, Plätze oder sonstige Verkehrsanlagen anzulegen, ober- oder unterirdische Leitungen aller Art zu verlegen oder Anlagen dieser Art zu verändern;

6. Stätten für Sport und Spiel anzulegen oder zu verändern;

7. Flugplätze, Gelände für das Starten und Landen von Luftsportgeräten (zum Beispiel Hängegleiter, Gleitflugzeuge, Gleitfallschirme) sowie Gelände für den Aufstieg von Flugmodellen, die der luftverkehrsrechtlichen Erlaubnis bedürfen, anzulegen oder zu verändern;

8. fließende oder stehende Gewässer anzulegen, zu beseitigen oder zu verändern sowie Entwässerungs- oder andere Maßnahmen vorzunehmen, die den Wasserhaushalt verändern;

9. Plakate, Bild- oder Schrifttafeln aufzustellen oder anzubringen mit Ausnahme behördlich zugelassener Beschilderungen;

10. die Bodengestalt zu verändern, insbesondere durch Abgrabungen und Aufschüttungen;

11. Kahlschlag von Wald auf einer Fläche von mehr als 2 ha;

12. neu aufzuforsten oder Christbaum- und Schmuckreisigkulturen und Vorratspflanzungen von Sträuchern und Bäumen anzulegen;

13. Art und Umfang der bisherigen Grundstücksnutzung entgegen dem Schutzzweck zu ändern, insbesondere Kleingärten anzulegen;

14. Dauergrünland umzubrechen;

15. Motorsport zu betreiben;

16. zu zelten, zu lagern, Wohnwagen oder Verkaufsstände aufzustellen;

17. Wohnboote, Bojen oder andere schwimmende Anlagen zu verankern und Stege zu errichten;

18. Gegenstände zu lagern, soweit sie nicht zur zulässigen Nutzung des Grundstückes erforderlich sind.

(3) Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn die Handlung Wirkungen der in § 4 genannten Art nicht zur Folge hat oder solche Wirkungen durch Auflagen oder Bedingungen abgewendet werden können. Sie kann mit Auflagen, Bedingungen, befristet oder widerruflich erteilt werden, wenn dadurch erreicht werden kann, dass die Wirkungen der Handlung dem Schutzzweck nur unwesentlich zuwiderlaufen.

(4) Die Erlaubnis wird durch eine nach anderen Vorschriften notwendige Gestattung ersetzt, wenn diese im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde erteilt wird.

(5) Bei Handlungen des Bundes und des Landes, die nach anderen Vorschriften keiner Gestattung bedürfen, wird die Erlaubnis durch das Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde ersetzt. Das gleiche gilt für Handlungen, die unter Leitung oder Betreuung staatlicher Behörden durchgeführt werden.

(6) Bei der Gestattung von Handlungen, die das NATURA 2000-Gebiet betreffen, sind außerdem die § 37 ff. NatSchG zu beachten.

§ 6 Zulässige Handlungen

Die Verbote und Erlaubnisvorbehalte der §§ 4 und 5 gelten nicht für

1. die landwirtschaftliche Bodennutzung im Rahmen der guten fachlichen Praxis mit der Maßgabe, dass

1.1 Dauergrünland nicht umgebrochen wird und bei Beweidung eine geschlossene Grasnarbe verbleibt;

1.2 wesentliche Landschaftsbestandteile wie Bäume, Streuobstbestände, Bäume mit starken Totholzästen oder Totholzstämmen am Nordhang des Schönbergs, Hecken, Gebüsche, feuchte Senken oder die Ufervegetation von Bächen und Gräben nicht beseitigt, zerstört oder geändert werden;

2. die forstwirtschaftliche Bodennutzung sowie die Anlage von Rückegassen und Maschinenwegen im Rahmen der anerkannten forstlichen Grundsätze mit der Maßgabe, dass

2.1 sich das waldbauliche Leitbild an den im Gebiet vorkommenden standorttypischen Waldgesellschaften orientiert,

2.2 ausreichend Höhlen durch Belassen alter Einzelbäume (zum Beispiel angelehnt an FSC Zertifizierung) als wichtige Habitatstrukturen für Höhlenbrüter und andere Höhlenbewohner zur Verfügung stehen;

3. die ordnungsgemäße Ausübung der Jagd - unter besonderer Rücksichtnahme auf die Erholungsnutzung des Gebietes - und der Fischerei;

4. die ordnungsgemäße Unterhaltung, Instandsetzung und der ordnungsgemäße Betrieb rechtmäßig bestehender Einrichtungen, wie Straßen, Wege, Plätze, Bahnanlagen einschließlich Sicherheitsbereich, Ver- und Entsorgungsanlagen, Telekommunikationseinrichtungen sowie die ordnungsgemäße Gewässerunterhaltung sowie die (Neu-)Verlegung von unterirdischen Telekommunikationslinien in Verkehrswegen;

5. Schutzzäune an Verkehrswegen;

6. behördlich angeordnete oder zugelassene Beschilderungen sowie für notwendige Markierungen und Sichtzeichen anrechtmäßig errichteten Anlagen; sofern die Handlungen so ausgeführt werden, dass der Schutzzweck dieser Verordnung nicht beeinträchtigt und das Verschlechterungsverbot des § 37 NatSchG im NATURA 2000-Gebiet beachtet wird.

§ 7 Schutz- Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen

Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen werden von der Naturschutzbehörde unter besonderer Berücksichtigung der sich aus den Anforderungen der FFH- Richtlinie und der Vogelschutzrichtlinie ergebenden Erhaltungs- und Entwicklungsziele in einem Pflege- und Entwicklungsplan oder durch Einzelanordnung festgelegt, soweit sie nicht für Waldflächen im Einvernehmen mit der Naturschutzbehörde im Forsteinrichtungswerk beziehungsweise entsprechenden Planungen integriert sind. Insbesondere sind am Nordhang des Schönbergs Erhaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen für die Habitate der Zaunammer zu planen. Die

§§ 4 und 5 dieser Verordnung sind insoweit nicht anzuwenden.

§ 8 Befreiungen

Von den Vorschriften dieser Verordnung kann nach § 79 NatSchG durch die jeweils örtlich zuständige untere Naturschutzbehörde Befreiung erteilt werden. Es wird darauf hingewiesen, dass gegebenenfalls auch eine Verträglichkeitsprüfung beziehungsweise Ausnahme nach § 38 NatSchG erforderlich ist.

§ 9 Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 80 Abs. I Nr.2 NatSchG handelt, wer in dem Landschaftsschutzgebiet vorsätzlich oder fahrlässig

1. nach § 4 dieser Verordnung verbotene Handlungen vornimmt;
2. entgegen § 5 dieser Verordnung ohne vorherige Erlaubnis Handlungen vornimmt, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwider laufen können.

§ 10 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach Ablauf der Auslegungsfrist in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung des Regierungspräsidiums

Freiburg über das Landschaftsschutzgebiet »Mooswald« vom 27. September 1979 mit den Änderungsverordnungen vom 15. Dezember 1993 und 2. Februar 1998 außer Kraft. Bestehende Verordnungen zum Schutz von Naturdenkmälern bleiben hiervon unberührt.

FREIBURG I. BR., den 24. Mai 2006

DR. von UNGERN-STERMBERG

Verkündungshinweis:

Nach § 76 des Naturschutzgesetzes (NatSchG) in der Fassung vom 13. Dezember 2005 (GBl. S.745) ist eine Verletzung der in § 74 NatSchG genannten Verfahrens- und Formvorschriften nur beachtlich, wenn sie innerhalb eines Jahres nach Erlass der Verordnung schriftlich beim Regierungspräsidium Freiburg geltend gemacht wird; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen.

Suchbedingungen

SGB-Nr./-Name

3.15.037 Mooswald

**Datenauswertebogen
LSG 3.15.037 - Mooswald**22.09.2020

1. Daten zum Schutzgebiet

Schutzgebietstyp:	Landschaftsschutzgebiet
Dienststelle:	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald
Status:	verordnet
Fläche (ha):	980,3218
Verordnung/Meldung:	24.05.2006 (GBl. Nr.8 v. 23.06.06, S.210 ff); 08.07.2006 (in Kraft)

2. Kurzbeschreibung

-

3. Flächenverteilung / Flurstücke

Kreis:	Breisgau-Hochschwarzwald
Gemeinde:	Gottenheim 5,8% - 56,8586 ha
Gemeinde:	March 3,09% - 30,2919 ha
Gemeinde:	Schallstadt 46,25% - 453,3988 ha
Gemeinde:	Umkirch 44,85% - 439,6743 ha

4. Partnerschutzgebiete

-

5. Naturräumliche Einheit

Freiburger Bucht

6. Schlagwortregister

-

7. Biotoptyp

-

8. Arteninventar

-

9. Auszeichnung

-

10. Überlagerung

-

11. Lebensraum

-

3.15.016 Dreisamniederung

Verordnung des Landratsamtes Breisgau-Hochschwarzwald, Freiburg, als untere Naturschutzbehörde über das Landschaftsschutzgebiet "Dreisamniederung" vom 10. September 1982.

Auf Grund von §§ 22, 58 Abs. 3 und 4 und § 64 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes zum Schutze der Natur, zur Pflege der Landschaft und über die Erholungsvorsorge in der freien Landschaft (Naturschutzgesetz-NatSchG) vom 21. Oktober 1975 (GBl. S. 654), geändert durch das Landeswaldgesetz vom 10. Februar 1976 (GBl. S. 99), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 30. Mai 1978 (GBl. S. 286), wird mit Zustimmung des Regierungspräsidiums Freiburg als höhere Naturschutzbehörde verordnet:

§ 1 Erklärung zum Schutzgebiet

Die in § 2 näher bezeichneten Flächen auf dem Gebiet der Gemeinden Bötzingen, Eichstetten, Gottenheim, March und Umkirch werden zum Landschaftsschutzgebiet erklärt. Das Landschaftsschutzgebiet führt die Bezeichnung "Dreisamniederung".

§ 2 Schutzgegenstand

(1) Das Landschaftsschutzgebiet hat eine Größe von ca. 1 680 ha.

(2) Das Schutzgebiet umfaßt hauptsächlich Teile des nördlichen Schotterfächers der Dreisamniederterrasse westlich von Freiburg und die westlich anschließenden Freiflächen bis zu dem am Ostrand des Tunibergs und des Kaiserstuhls verlaufenden Mühlbaches. Östlich des Nimberges sind kleine Teile des Schwemmfächers der Glotter auf Gemarkung March-Holzhausen und außerdem Teile der südlichen Ausläufer dieses Vorgebirges selbst einbezogen. Im Wesentlichen wird es wie folgt begrenzt, wobei die Grenze bildenden Straßen und Wege nicht Bestandteil des Schutzgebietes sind; die Grenze bildende Gewässer gehören aber mit beiden Ufern zum Schutzgebiet. Genannte Flurstücke liegen innerhalb des Schutzgebietes.

Gemarkung Eichstetten:

Die Abgrenzung verläuft im Norden an der Gemarkungsgrenze March-Neuershausen von Grenzstein Nr. 1 bis kurz vor Grenzstein Nr. 33, kreuzt hier das Gewann Steegmatten nach Westen bis zur L 116 und folgt dieser ca. 140 m nach Süden. Von hier werden die Gewanne Unternort und Innere Mühlmaten bis zum Mühlbach nach Westen gekreuzt. Die weitere Grenze bildet der Mühlbach bis zur L 114 b auf Gemarkung Bötzingen.

Gemarkung Bötzingen:

Die Grenze geht vom Mühlbach längs der L 114 b ca. 330 m nach Osten bis zum Krebsenbächle, welches die Grenze bis zum Feldweg Flst.Nr. 6135/2 bildet. Diesem Weg folgt die Grenze ca. 270 m nach Westen bis zum Mühlbach, welcher wie die L 115 bis zur Höhe des Gewanns Langmatten auf Gemarkung Gottenheim die weitere Grenze bildet.

Gemarkung Gottenheim:

Im Gewann Langmatten bilden der Feldweg Flst.Nr. 2983 und Flst.Nr. 3556 die Grenze. Die Gewanne Zwischen Bach und Petersjuchert werden entlang der Trasse der geplanten B 31 - West nach Osten durchquert, wo im Gemeindewald Distr. I Unter- und Oberwald Flst.Nr. 5082 die L 115 a erreicht wird. Vom Waldgrenzstein Nr. 26 verläuft die Grenze nach Süden zum Waldgrenzstein Nr. 27, quert hier die Bahnlinie und verläuft weiter nach Süden bis zum Waldgrenzstein Nr. 34 an der L 115, die bis zum Waldgrenzstein Nr. 16 auf Gemarkung Umkirch die Grenze bildet.

Gemarkung Umkirch:

Der Rohrmattenwald, Flst.Nr. 1667/1, nördlich der L 115 und das Laidhölzle, Flst.Nr. 333, sind in das Landschaftsschutzgebiet einbezogen, wobei das Gewann Stöckmatten im Bereich der Flst.Nr. 338 und 439 durchquert wird. Das Gewann Laitermatten wird nach Norden gekreuzt bis bei Waldgrenzstein Nr. 23 der Gemeindewald Distr. I Krittshachen, Flst. Nr. 2479 erreicht wird. Die Trasse der geplanten B 31 - West bildet von hier bis zum Zubringer Mitte der BAB 5, wo die Stadtgrenze Freiburg erreicht wird, die weitere Grenze.

Die Abgrenzung verläuft von hier nach Norden längs der Kreisgrenze auf Gemarkung Umkirch und March-Hugstetten.

Gemarkung March-Hugstetten/Buchheim:

Längs der Kreisgrenze verläuft die Abgrenzung bis zur K 4921 und folgt dieser ca. 50 m nach Nordwesten. Einbezogen sind hier die Gewanne Riedacker, Großacker, Obere Riedel, Riese, Mühleberg, Scheibenbuck und der Schloßpark in Hugstetten, wobei die Wege Flst.Nr. 313, 9/2, 107/1, 120, 9, die L 116 und die K 4921 bis zur Überbrückung des Mühlbachs die Grenze bilden.

Dem Mühlbach wird nach Südwesten bis zur Einmündung des Mühlebachs Flst. Nr. 1425 gefolgt. Der Mühlebach bildet die Grenze, die dann bis zur Bahnlinie nach Süden verläuft.

Südlich der Bahnlinie ist der Gemeindewald Distr. I Allmendschachen, Flst.Nr. 1451 und 1455 in das Schutzgebiet einbezogen. Die Flst.Nr. 1255, 1224, 1223, 1207/1, 1207 und 1205/2 bilden die Grenze bis zur L 116 a. Der Gemeindewald Distr. III Untergrün ist eingeschlossen. Bei Waldgrenzstein Nr. 36 wird die Dreisam nach Südwesten gekreuzt. Die hier nicht mehr einbezogene Dreisam bildet die weitere Grenze bis zur Kreuzung der L 114 b auf Gemarkung March-Neuershausen.

Gemarkung March-Neuershausen:

Die Grenze folgt der L 114 b bis zur L 116 und dieser ca. 200 m nach Nordwesten bis Flst. Nr. 1847.

Hier werden die Gewanne Oberer Steinenweg und Sauwasen bis zum Weg Flst.Nr. 1877 durchquert und diesem Weg nach Südwesten bis Flst.Nr. 1944 gefolgt, das mit den Flst.Nr. 1934-1925, Wege Flst.Nr. 1899, 1468 (teilweise), 1468/1, 1467, 1466, 1472 (teilweise), 1477-1480 und Wege Flst.Nr. 1501 die Grenze nördlich der Ortslage von Neuershausen bilden. Die Grenze folgt dann nördlich den Wegen Flst.Nr. 107, 804, 267 und 268 bis zur Kreisgrenze Emmendingen. Der Kreisgrenze wird nach Westen gefolgt bis Flst.Nr. 539, wo die Grenze des bestehenden Natur- und Landschaftsschutzgebietes "Neuershausener Mooswald" erreicht wird. Die Gewanne Äußeres Sigristenackerle, Äußerer Kriechacker, Blachen, Oberer Eifenfuß, Brunnacker, Kirchmatt, Roßmatten, Krummatt, Untere Pfadmatt, Oberes Wäldele, Unteres Wäldele, Storchennest und Kleine Viehweid sind, soweit sie nicht schon in das vorgenannte Schutzgebiet einbezogen sind, im Landschaftsschutzgebiet enthalten.

Gemarkung

March-Holzhausen:

Die Grenze bildet im Osten die BAB 5, im Norden die Kreisgrenze Emmendingen und im Westen die Grenze der Gemeindewälder Distr. III Untere Stauden und Distr. IV Feldwinkel. Außerdem das Wege Flst.Nr. 28 und das Wasserschutzgebiet im Gewann Seygeler. Im Süden wird die Grenze von dem Flst.Nr. 429, 421/1, dem Gemeindewald Distr. V Hofmatten Wald, den Flst.Nrn. 257, 255, 254, 253, dem Wege Flst.Nr. 225, dem Mühlbach Flst.Nr. 275 und dem Flst.Nr. 237/9 gebildet.

(3) Die Grenzen des Landschaftsschutzgebietes sind in einer Übersichtskarte Maßstab 1 : 25 000 und in 4 Karten Maßstab 1 : 5 000 mit durchgezogener grüner Linie eingetragen. Der äußere Rand der grünen Linie bildet die Grenze des Schutzgebietes. Die Verordnung mit Karten wird bei der unteren Naturschutzbehörde im Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald in Freiburg i.Br. verwahrt. Die Verordnung mit Karten kann während der üblichen Sprechzeiten eingesehen werden.

(4) Mehrfertigungen der Karten und der Verordnung liegen ferner bei den Bürgermeisterämtern Bötzingen, Eichstetten, Gottenheim, March und Umkirch zur Einsichtnahme aus.

§ 3 Schutzzweck

Wesentliche Schutzzwecke sind:

1. Die Erhaltung und Sicherung eines leistungsfähigen Naturhaushalts in der Dreisam- und Glotterniederung und ihrer angrenzenden Freiflächen als zusammenhängender einheitlicher ökologischer Ausgleichsraum und
2. die Erhaltung des charakteristischen Landschaftsbildes mit einer vielfältigen Gliederung von Wald- und Feldfluren als Lebensraum artenreicher Tier- und Pflanzengemeinschaften und als Erholungsraum für die Allgemeinheit.

§ 4 Verbote

In dem Landschaftsschutzgebiet sind alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen, insbesondere wenn dadurch

1. der Naturhaushalt geschädigt,
2. die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter nachhaltig gestört,
3. eine geschützte Flächennutzung auf Dauer geändert,

4. das Landschaftsbild nachteilig geändert oder die natürliche Eigenart der Landschaft auf andere Weise beeinträchtigt oder
5. der Naturgenuss oder der besondere Erholungswert der Landschaft beeinträchtigt werden.

§ 5 Erlaubnisvorbehalt

(1) Handlungen, die den Charakter des Gebietes in der in § 4 beschriebenen Weise verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen können, bedürfen der schriftlichen Erlaubnis der unteren Naturschutzbehörde.

(2) Der Erlaubnis bedürfen insbesondere folgende Handlungen:

1. Errichtung von baulichen Anlagen im Sinne der Landesbauordnung in der jeweils geltenden Fassung oder der Errichtung gleichgestellte Maßnahmen;
2. Errichtung von Einfriedigungen;
3. Verlegen oder Ändern von ober- oder unterirdischen Leitungen aller Art außerhalb öffentlicher Verkehrsanlagen;
4. Abbau, Entnahme oder Einbringen von Steinen, Kies, Sand, Lehm oder anderen Bodenbestandteilen oder die Veränderung der Bodengestalt auf andere Weise;
5. Lagern von Gegenständen, soweit sie nicht zur zulässigen Nutzung des Grundstücks erforderlich sind;
6. Neuherstellung oder Veränderung von Straßen, Wegen, Plätzen, oder der anderen Verkehrsanlagen;
7. Anlage oder Veränderung von Stätten für Sport und Spiel, einschließlich Motorsportanlagen;
8. Anlage oder Veränderung von Flugplätzen;
9. Betrieb von Motorsport, Modellflugzeugen sowie von motorgetriebenen Schlitten;
10. Aufstellen von Wohnwagen, Zelten oder Verkaufsständen außerhalb der zugelassenen Plätze oder Abstellen von Kraftfahrzeugen außerhalb öffentlicher Verkehrsanlagen;
11. Verankern von Wohnbooten, Bojen oder anderen schwimmenden Anlagen und die Errichtung von Stegen;
12. Anlage, Beseitigung oder Änderung von fließenden oder stehenden Gewässern;
13. Aufstellen oder Anbringen von Plakaten, Bild- oder Schrifttafeln;
14. Kahlschlag von Wald auf einer Fläche von mehr als 4 ha;
15. Neuaufforstungen, Umwandlungen von Wald, Anlage von Kleingärten oder die wesentliche Änderung der Bodennutzung auf andere Weise und
16. Beseitigung oder Änderung von wesentlichen Landschaftsbestandteilen, wie Bäume, Hecken, Gebüsche oder der Ufervegetation von Bächen und Gräben.

(3) Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn die Handlung Wirkungen der in § 4 genannten Art nicht zur Folge hat oder solche Wirkungen durch Auflagen oder Bedingungen abgewendet werden können.

(4) Die Erlaubnis wird durch eine nach anderen Vorschriften notwendige Gestattung ersetzt, wenn diese mit Zustimmung der Naturschutzbehörde ergangen ist.

(5) Bei Handlungen des Bundes und des Landes, die nach anderen Vorschriften keiner Gestattung bedürfen, wird die Erlaubnis durch das Einvernehmen mit der Naturschutzbehörde ersetzt. Das gleiche gilt für Handlungen, die unter Leitung oder Betreuung staatlicher Behörden durchgeführt werden.

§ 6 Zulässige Handlungen

Die §§ 4 und 5 gelten nicht:

1. für die Nutzung im Rahmen einer ordnungsmäßigen Bewirtschaftung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke;
Zur ordnungsmäßigen Nutzung im vorgenannten Sinne gehören u.a.
 - a) die Errichtung transportabler Weidezäune,
 - b) die Errichtung fester Weidezäune aus Spanndraht oder Sechseck-Maschendraht an Holz-pfosten oder Eisenstäben ohne Fundamente und Sockel bis zu einer Höhe von 1,50 m,
 - c) die Errichtung forstlicher Kulturzäune aus Knotengitter oder Sechseck-Maschendraht an

- Holzpfosten ohne Fundamente und Sockel im oder am Wald und
d) der Bau forstlicher Wirtschaftswege im Wald;
2. für die ordnungsmäßige Ausübung der Jagd und Fischerei;
 3. für die ordnungsmäßige Unterhaltung der Straßen, Wege, Plätze, Bahnanlagen, Ver- und Entsorgungsleitungen und Gewässer;
 4. für Schutzzäune an Verkehrswegen;
 5. für behördlich angeordnete oder zugelassene Beschilderungen.

Diese Vorhaben sind jedoch so auszuführen, dass der Schutzzweck der Verordnung möglichst wenig beeinträchtigt wird.

§ 7 Befreiungen

(1) Von den Vorschriften dieser Verordnung kann die untere Naturschutzbehörde nach § 63 Naturschutzgesetz Befreiung erteilen.

(2) Die Befreiung bedarf bei folgenden Handlungen der Zustimmung der höheren Naturschutzbehörde:

1. der Abbau von Bodenbestandteilen;
2. die Errichtung oder wesentliche Änderung von Gebäuden;
3. die Verlegung oder wesentliche Änderung von oberirdischen Leitungen;
4. die Anlage oder wesentliche Änderung von Verkehrsanlagen.

§ 8 Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 64 Abs. 1 Nr. 2 des Naturschutzgesetzes handelt, wer in dem Landschaftsschutzgebiet vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 22 Abs. 3 des Naturschutzgesetzes in Verbindung mit § 4 dieser Verordnung Handlungen vornimmt, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen,
2. entgegen § 5 dieser Verordnung ohne vorherige schriftliche Erlaubnis Handlungen vornimmt, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen können.

§ 9 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Freiburg i.Br., den 10. September 1982

Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald

Dr. Schill, Landrat

Verordnung

des Landratsamtes Breisgau-Hochschwarzwald, als untere Naturschutzbehörde, zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Dreisamniederung" vom 01.09.2008

Auf Grund der §§ 29 und 73 Abs. 4 des Naturschutzgesetzes (NatSchG) in der Fassung vom 13. Dezember 2005 (GBl. S. 745) wird verordnet:

Die Verordnung des Landratsamtes Breisgau-Hochschwarzwald über das Landschaftsschutzgebiet „Dreisamniederung“ vom 10.09.1982 wird wie folgt geändert:

§ 1

1. Für die in § 1 Ziffer 2 und 5 näher bezeichneten Flächen im Gewann „Steegmatten“ der Gemeinde Eichstetten wird die Verordnung des Landratsamtes Breisgau Hochschwarzwald über das Landschaftsschutzgebiet „Dreisamniederung“ vom 10.09.1982 aufgehoben.

2. Die aus dem Landschaftsschutzgebiet entlassenen Flächen haben eine Größe von insgesamt rund 2 ha. Sie umfassen die Grundstücke Fst.Nm. 12808, 12798, 12799, 12800, 12801 und Teilflächen der Grundstücke Fst.Nm. 12809, 12807, 12793 und 12795, Eichstetten.

3. Die in § 1 Ziffer 4 und 5 näher bezeichneten Flächen in den Gewannen „Innere Mühlmaten“ und „Unterwörth“ der Gemeinde Eichstetten werden neu in das Landschaftsschutzgebiet „Dreisamniederung“ einbezogen.

4. Die in das Landschaftsschutzgebiet neu einbezogenen Flächen haben eine Größe von rund 2,6 ha. Sie umfassen die Grundstücke Fst.Nm. 12677, 12676/1, 12676 und Teilflächen der Grundstücke Fst.Nm. 12675, 12674, 12607, 12637, 12649, 12584, 12564, 12565, 12595 und 12611, Eichstetten.

5. Die sich durch die Änderung ergebenden neuen Grenzen des Landschaftsschutzgebiets sind in einer Übersichts-/Detailkarte im Maßstab 1: 25.000 (Übersichtskarte) und 1 : 5.000 (Detailkarte) mit durchgezogener grüner Linie eingetragen. Der äußere Rand der grünen Linie bildet die Grenze des Schutzgebiets. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung.

§ 2


Die Änderungsverordnung mit Karte ist im Rathaus der Gemeinde Eichstetten und im Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald in Freiburg zur kostenlosen Einsicht für jedermann während der Sprechzeiten niedergelegt.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

79104 Freiburg im Breisgau, den 01.09.2008

Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald
- Untere Naturschutzbehörde -



Störr-Ritter
Landrätin

Heilung von Verfahrensmängeln:

Nach § 76 des Naturschutzgesetzes (NatSchG) in der Fassung vom 13. Dezember 2005 (GBl. S. 745) ist eine Verletzung der in § 74 NatSchG genannten Verfahrens- und Formvorschriften nur beachtlich, wenn sie innerhalb eines Jahres nach Verkündung der Verordnung schriftlich beim

Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald , Untere Naturschutzbehörde , Stadtstraße 3, 79104 Freiburg, geltend gemacht wird; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen.

Suchbedingungen**SGB-Nr./-Name**3.15.016 Dreisamniederung

Datenauswertebogen
LSG 3.15.016 - Dreisamniederung

22.09.2020

1. Daten zum Schutzgebiet

Schutzgebietstyp:	Landschaftsschutzgebiet
Dienststelle:	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald
Status:	verordnet
Fläche (ha):	1578,9755
Verordnung/Meldung:	25.01.2010 (Gemeindeblatt Gottenheim); 30.01.2010 (in Kraft) 01.09.2008 (Eichst. Nachr. v. 19.09.2008); 20.09.2008 (in Kraft) 10.09.1982 (Bad. Ztg. v. 20.09.1982) 01.01.1900

2. Kurzbeschreibung

Dreisam- und Glotterniederung als einheitlicher ökologischer Ausgleichsraum; vielfältig gegliedertes Landschaftsbild als Lebensraum artenreicher Tier- und Pflanzengemeinschaften; Erholungsraum

3. Flächenverteilung / Flurstücke

Kreis:	Breisgau-Hochschwarzwald
Gemeinde:	Bötzingen 19,09% - 301,4801 ha
Gemeinde:	Eichstetten 7,2% - 113,7501 ha
Gemeinde:	Gottenheim 15,51% - 244,9812 ha
Gemeinde:	March 50,72% - 800,9842 ha
Gemeinde:	Umkirch 7,32% - 115,7107 ha

4. Partnerschutzgebiete

-

5. Naturräumliche Einheit

Freiburger Bucht

6. Schlagwortregister

-

7. Biotoptyp

-

8. Arteninventar

-

9. Auszeichnung

-

2.3 Schutzgebietsverordnung NSG „Teninger Unterwald“

3.124 Teninger Unterwald

Verordnung des Regierungspräsidiums Freiburg als höhere Naturschutzbehörde über das Naturschutzgebiet »Teninger Unterwald« auf Gemarkung Teningen, Landkreis Emmendingen vom 22. November 1982 (GBl. v. 23.12.1982, S. 540).

Auf Grund von § 21, § 58 Abs. 2 und 4 und § 64 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes zum Schutz der Natur, zur Pflege der Landschaft und über die Erholungsvorsorge in der freien Landschaft (Naturschutzgesetz - NatSchG) vom 21. Oktober 1975 (GBl. S. 654) wird verordnet:

§ 1 Erklärung zum Schutzgebiet

Die in § 2 näher bezeichnete Fläche auf dem Gebiet der Gemeinde Teningen, Landkreis Emmendingen, wird zum Naturschutzgebiet erklärt. Das Naturschutzgebiet führt die Bezeichnung »Teninger Unterwald«.

§ 2 Schutzgegenstand

(1) Das Naturschutzgebiet hat eine Größe von ca. 50,7 ha. Es umfaßt einen Teil des Grundstücks Flst. Nr. 4092 auf Gemarkung Teningen. Die Grenze des Schutzgebietes folgt im Osten dem Feuerbach, im Norden und Westen dem Wässerungsgraben am Waldrand, im Süden dem Waldrand.

(2) Die Grenzen des Schutzgebietes sind in zwei Karten des Regierungspräsidiums Freiburg (Maßstab 1:25000 und Maßstab 1:5000) rot eingetragen. Die Verordnung mit Karten wird bei der höheren Naturschutzbehörde in Freiburg verwahrt; eine Ausfertigung befindet sich bei der unteren Naturschutzbehörde im Emmendingen. Die Verordnung mit Karten kann während der üblichen Dienstzeiten eingesehen werden.

§ 3 Schutzzweck

Wesentlicher Schutzzweck ist die Erhaltung des Teninger Unterwaldes als Lebensraum verschiedener landschaftstypischer, in unterschiedlichem Ausmaß grundwasserabhängiger Waldbestände mit artenreicher Flora und Fauna.

§ 4 Verbote

(1) In dem Naturschutzgebiet sind alle Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Schutzgebietes oder seiner Bestandteile, zu einer nachhaltigen Störung oder zu einer Beeinträchtigung der wissenschaftlichen Forschung führen können.

(2) Insbesondere ist verboten:

1. bauliche Anlagen im Sinne der Landesbauordnung in der jeweils geltenden Fassung zu errichten oder der Errichtung gleichgestellte Maßnahmen durchzuführen;
2. Straßen, Wege, Plätze oder sonstige Verkehrsanlagen anzulegen, Leitungen zu verlegen oder Anlagen dieser Art zu verändern;
3. Plakate, Bild - oder Schrifttafeln aufzustellen oder anzubringen;
4. Steine, Kies, Sand, Lehm oder andere Bodenbestandteile abzubauen, zu entnehmen oder einzubringen, oder die Bodengestalt auf andere Weise zu verändern;
5. Abfälle oder sonstige Gegenstände zu lagern oder abzulagern;
6. fließende oder stehende Gewässer anzulegen, zu beseitigen oder umzugestalten, Entwässerungsmaßnahmen durchzuführen, vorhandene Gräben zu verbreitern oder zu vertiefen oder auf andere Weise den Wasserhaushalt des Gebietes zu verändern;
7. Pflanzen oder Pflanzenteile einzubringen, zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören;
8. Tiere einzubringen, wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder Puppen, Larven, Eier oder Nester oder sonstige Brut-, Wohn- oder Zufluchtstätten dieser Tiere zu entfernen, zu beschädigen oder zu zerstören;
9. Wald auszustocken oder die Grundstücksnutzung anderweitig zu ändern;
10. chemische Mittel zur Bekämpfung von Schadorganismen oder Pflanzenkrankheiten sowie Wirkstoffe, die den Entwicklungsablauf von Pflanzen beeinflussen, auszubringen;

11. zu zelten, zu lagern, Wohnwagen, sonstige Fahrzeuge oder Verkaufsstände aufzustellen;
12. das Schutzgebiet außerhalb der Wege zu betreten;
13. Feuer anzumachen;
14. ohne zwingenden Grund Lärm, Luftverunreinigungen oder Erschütterungen zu verursachen;
15. den Waldtrauf am Westrand (zwischen Fahrweg und Schwobbach) auf der gesamten Länge zu verändern oder zu beseitigen.

§ 5 Zulässige Handlungen

§ 4 gilt nicht:

1. für die ordnungsmäßige Ausübung der Jagd;
2. für die ordnungsmäßige forstwirtschaftliche Nutzung in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang mit der Maßgabe, daß
 - a) zur Verjüngung der Waldbestände nur gebietseigene, standortgemäße Laubholzarten aus einheimischem Saatgut verwendet werden dürfen;
 - b) die Altholzbestände in den ehemaligen Abteilungen 21 und 22 nur kleinflächig (bis zu 0,3 ha Schlagfläche) verjüngt werden dürfen;
 - c) die Waldbestände der ehemaligen Abteilungen 24 und 25 in ein - bis zweijährigen Abständen verjüngt werden dürfen, wobei die Größe der jährlich eingeschlagenen Waldbestände 1 ha Fläche nicht wesentlich überschreiten darf;
 - d) der für die Bewirtschaftung der Waldbestände erforderliche Wegebau im Einvernehmen mit der höheren Naturschutzbehörde erfolgt;
3. für die sonstige bisher rechtmäßigerweise ausgeübte Nutzung der Grundstücke, Wege und Gewässer sowie der rechtmäßigerweise bestehenden Einrichtungen in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang sowie deren Unterhaltung und Instandsetzung;
4. für Pflegemaßnahmen, die von der höheren Naturschutzbehörde oder der von ihr beauftragten Stelle angeordnet werden;
5. für behördlich angeordnete oder zugelassene Beschilderungen;
6. für notwendige Handlungen in Ausübung einer amtlichen oder ehrenamtlichen Überwachungstätigkeit.

§ 6 Befreiungen

Von den Vorschriften dieser Verordnung kann nach § 63 NatSchG Befreiung erteilt werden.

§ 7 Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 64 Abs. 1 Nr. 2 NatSchG handelt, wer in dem Naturschutzgebiet vorsätzlich oder fahrlässig eine der nach § 4 dieser Verordnung verbotenen Handlungen vornimmt.

§ 8 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. FREIBURG I. BR., den 22. November 1982

Suchbedingungen
SGB-Nr./-Name

3.124 Teningen Unterwald

Datenauswertebogen
NSG 3.124 - Teningen Unterwald

22.09.2020

1. Daten zum Schutzgebiet

Schutzgebietstyp: Naturschutzgebiet
Dienststelle: Regierungspräsidium Freiburg
Status: verordnet
Fläche (ha): 52,7774
Verordnung/Meldung: 22.11.1982 (GBl. v. 23.12.1982, S. 540); 24.12.1983 (in Kraft)

2. Kurzbeschreibung

Lebensraum verschiedener landschaftstypischer, in unterschiedlichem Ausmaß grundwasserabhängiger Waldbestände mit artenreicher Flora und Fauna.

3. Flächenverteilung / Flurstücke

Kreis: Emmendingen
Gemeinde: Teningen 100% - 52,7774 ha
Gemarkung: Teningen

4. Partnerschutzgebiete

-

5. Naturräumliche Einheit

Freiburger Bucht

6. Schlagwortregister

306 Verbot von Biozide
501 Verbot von Verlassen der Wege

7. Biotoptyp

12.60 Graben
52.0 Bruch-, Sumpf- und Auwälder

8. Arteninventar

Höhere Pflanzen/Farne	Primula elatior	Große Schlüsselblume
Höhere Pflanzen/Farne	Ulmus laevis	Flatter-Ulme
Pilze	Ganoderma resinaceum	Harziger Lackporling
Vögel	Accipiter gentilis	Habicht
Vögel	Ardea cinerea	Graureiher
Vögel	Picoides medius	Mittelspecht
Vögel	Sylvia communis	Dorngrasmücke

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
FFH	Fauna-Flora-Habitat
Ha	Hektar
LSG	Landschaftsschutzgebiet
NSG	Naturschutzgebiet
NBS	Neubaustrecke
PfA	Planfeststellungsabschnitt